



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Wortprotokoll der 80. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 3. Juli 2024, 11:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus - Sitzungssaal 4.300

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 7

Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland

Strategie der Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern (2024 - 2034)

Selbstbefassung 20(18)SB-91

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Katrin Staffler [CDU/CSU]
Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 2

Seite 14

Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Ansehen des Handwerks heben – Eine gemeinnützige Stiftung „Haus der kleinen Handwerker“ ins Leben rufen

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Berichterstatter/in:

Abg. Martin Rabanus [SPD]



BT-Drucksache 20/11960

Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Friedhelm Boginski [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 3

Seite 19

Vorlage der Berichterstatter für
Technikfolgenabschätzung

Neue TAB-Projekte 2024/2025
Empfehlungen der Berichterstattergruppe für
Technikfolgenabschätzung

Selbstbefassung 20(18)SB-90

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Holger Becker [SPD]
Abg. Lars Rohwer [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 4

Seite 19

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Finanzausgleichsgesetzes 2024 und zur
Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes
(FAG-Änderungsgesetz 2024)**

BT-Drucksache 20/11522

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Finanzausschuss
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berichterstatter/in:

Abg. Martin Rabanus [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Dr. Franziska Krumwiede-Steiner [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über Struktur und
Höhe des Finanzkraftausgleichs
sowie der Zuweisungen gemäß § 11 des
Finanzausgleichsgesetzes
im Ausgleichsjahr 2023**

BT-Drucksache 20/11590

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Finanzausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Berichterstatter/in:

Abg. Martin Rabanus [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Dr. Franziska Krumwiede-Steiner [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Tagesordnungspunkt 5

Seite 24

Gesetzentwurf der Bundesregierung
Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes
BT-Drucksache 20/11561

Federführend:
Ausschuss für Gesundheit
Mitberatend:
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

Gutachtlich:
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berichterstatter/in:
Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Maximilian Funke-Kaiser [FDP]
Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 6

Seite 28

Antrag der Fraktion der CDU/CSU
**Landwirtschaft tatsächlich entlasten –
Versprechen der Bundesregierung
umgehend umsetzen**
BT-Drucksache 20/11951

Federführend:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Mitberatend:
Ausschuss für Inneres und Heimat
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Wirtschaftsausschuss
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss
Berichterstatter/in:
Abg. Holger Mann [SPD]
Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Tagesordnungspunkt 7

Seite 28

Antrag der Abgeordneten Stefan Keuter, Joachim Wundrak, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine vollumfängliche deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert

BT-Drucksache 20/11625

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]

Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Peter Heidt [FDP]

Abg. Matthias Moosdorf [AfD]

Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]

Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 8

Seite 28

Antrag der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Jochen Haug, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Einsetzung einer Enquête-Kommission "Kulturelle Differenzen als mögliche Ursache von Integrationsproblemen bei Zuwanderern in Deutschland"

BT-Drucksache 20/11957

Federführend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Maja Wallstein [SPD]

Abg. Monika Grüters [CDU/CSU]

Abg. Marlene Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Ria Schröder [FDP]

Abg. Nicole Höchst [AfD]

Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]

Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Anwesende Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rabanus, Martin Rhie, Ye-One Rosenthal, Jessica Seitzl, Dr. Lina Stüwe, Ruppert Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja	
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Connemann, Gitta Föhr, Alexander Gräßle, Dr. Ingeborg Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Krumwiede-Steiner, Dr. Franziska Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael	
Die Linke	Gohlke, Nicole	Sitte, Dr. Petra
BSW	Al-Dailami, Ali	

Die unterschriebenen Anwesenheitslisten werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauffolgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar



Ausschussdrucksachen

TOP 1

20(18)245 Stellungnahme Bundesministerium für Bildung und Forschung Kulturminister Konferenz

TOP 3

20(18)249 Empfehlung der Berichterstattergruppe für Technikfolgenabschätzung

TOP 4

20(18)251 Antrag der Arbeitsgruppen Haushalt der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

TOP 5

20(18)244 Änderungsantrag 1 der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

20(18)252 Änderungsantrag 0 der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP



Tagesordnungspunkt 1

Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland

Strategie der Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern (2024 - 2034)

Selbstbefassung 20(18)SB-91

Der Vorsitzende: Ich rufe damit den Tagesordnungspunkt 1 auf, die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland. Es handelt sich hierbei um die Strategie der Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern für die Laufzeit der Jahre 2024 bis 2034 und es ist eine Selbstbefassung auf 20(18)SB-91. Zur Einleitung und zum Überblick der Internationalisierungsstrategie erteile ich jetzt das Wort der Bundesregierung, Dr. Jens Brandenburg. Vielen Dank.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMF): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Bundesregierung will die Internationalisierung der deutschen Hochschulen weiter voranbringen und damit die Attraktivität und auch die globale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschul- und Wissenschaftsstandorts weiter stärken. Mit der Veröffentlichung der Internationalisierungsstrategie, also im vollständigen Titel „Strategie der Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern für eine Internationalisierung der Hochschulen 2024 bis 2034.“ Mit dieser Veröffentlichung vor wenigen Wochen am 14. Juni, ist ein wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag dieser Legislaturperiode umgesetzt worden. Die Strategie ist eine gemeinsame Strategie von Bund und Ländern. Die Erarbeitung ist deshalb natürlich auch in sehr enger Abstimmung mit den Wissenschaftsministerien der Länder erfolgt. Zudem wurden im vergangenen Jahr Akteure der Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen in einem sehr breiten Stakeholder-Prozess in die Strategieentwicklung aktiv mit einbezogen. Ich freue mich sehr, dass wir heute hier im Ausschuss gemeinsam über die Strategie sprechen, und möchte in diesem Rahmen gleich zu Beginn auf

drei Fragen eingehen.

Die erste Frage: Warum brauchen wir eigentlich eine neue Bund-Länder-Strategie? Die letzte Strategie ist aus dem Jahr 2013 und seitdem haben sich natürlich die Rahmenbedingungen für den internationalen Austausch und die Wissenschaftskooperationen über die Grenzen hinweg sehr deutlich verändert. Insbesondere Stichworte wie die Zeitenwende, geopolitische Systemrivalitäten und Interessensgegensätze, nationale Abschottung und Kriege, all das beeinträchtigt zunehmend auch die internationale Hochschulkooperationen und bedroht vielerorts die Wissenschaftsfreiheit.

Und das zweite Thema: Das Fachkräftepotenzial internationaler Studierender und Forschender gerät auch bei uns natürlich zunehmend in den Blick.

Ein drittes Beispiel: Durch die Nachhaltigkeitsagenda und auch den wachsenden gesellschaftspolitischen Anspruch der Chancengerechtigkeit ergeben sich natürlich auch neue Erwartungen und Anforderungen, auch an die Internationalisierung von Forschung und Lehre.

Der vierte Aspekt: Auch die digitale Transformation bietet gleich zu Beginn sowohl neue Herausforderungen als auch insbesondere neue Chancen und Möglichkeiten für die internationale Wissenschaftskooperation. Grund genug, nach etwas mehr als zehn Jahren ein neues Update zu der Wissenschafts-, der Internationalisierungsstrategie der Hochschulen von Bund und Ländern zu beschließen.

Zur zweiten Frage: Auf welche Ziele haben sich denn Bund und Länder eigentlich verständigt? Die neue Bund-Länder-Strategie zeigt Wege auf, wie die Internationalisierung der Hochschulen unter den veränderten Rahmenbedingungen weiter erfolgreich und qualitativ hochwertig ausgestaltet und ausgebaut werden kann. Und dabei verfolgen Bund und Länder mit der Strategie drei übergeordnete gemeinsame Ziele. Das Erste ist die Attraktivität des deutschen Hochschul- und Wissenschaftsstandorts für internationale Studierende und internationale Forschende weiter auszubauen und Hürden für deren Gewinn, für deren Integration und auch den anschließenden Verbleib bei uns in Deutschland weiter



abzubauen. Um zum Beispiel konkrete Themen zu nennen: Eine Beschleunigung der Visa-Verfahren, auch durch eine verbesserte Willkommenskultur, eine Flexibilisierung des Hochschulzugangs, mehr fremdsprachige Studienangebote bei gleichzeitigem Ausbau der Deutschförderung, Unterstützungsangebote für verbesserte Studienerfolgsquoten und Arbeitsmarkübergängen internationaler Studierender. Das sind beispielhaft zentrale Themen für dieses erste übergeordnete Ziel.

Das zweite Ziel ist, die Internationalisierungserfahrung für möglichst viele Studierende und Forschende zu ermöglichen. Sowohl beispielsweise durch die Förderung physischer und virtueller Mobilität als auch durch eine Internationalisierung der Hochschulangebote selbst. Maßnahmen wie eine Verbesserung der Anerkennungspraxis und Mobilitätstransfer in Curricula können dabei Mobilitätshürden weiter abbauen.

Das dritte Ziel: Die europäischen und internationalen Hochschulkooperationen in Forschung und Lehre weiter ausbauen. Dabei wollen wir die Zusammenarbeit insbesondere mit unseren weltweiten Wertepartnern stärken und gleichzeitig auch die Kooperationen geografisch breiter aufstellen und Partnerschaften mit Ländern des sogenannten globalen Südens ausbauen. Auch die Resilienz der Hochschulen wollen wir stärken und rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen für internationale Hochschulkooperationen weiter verbessern, zum Beispiel durch eine Erleichterung der Etablierung grenzüberschreitender Studiengänge und die Förderung der europäischen Hochschulallianzen.

Zur dritten Frage: Wie und von wem soll diese Strategie eigentlich umgesetzt werden? Das hat der Titel schon verraten. Die Strategie soll in den nächsten zehn Jahren von 2024 bis 2034 umgesetzt werden. Für die Zielerreichung werden in der Strategie konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Die sind auch in der Anlage 1 nachzulesen, welche in der jeweiligen Verantwortung von Bund, den Ländern und teils auch der Hochschulen umzusetzen sind. Und die Umsetzung dieser Strategie soll erfolgen. Auch das ist an dieser Stelle ein wichtiger Verhandlungserfolg, die Einigung durch eine

indikatorenbasierte Berichterstattung, die begleitend vorgelegt werden soll. Und für diesen Zweck werden in Anlage 2 der Strategie konkrete Kennwerte ausgewiesen. Das gleich zu Beginn. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung und ich freue mich auf die Debatte.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Dr. Jens Brandenburg für das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesregierung. Wir kommen jetzt zur Berichterstattenden-Runde und es beginnt für die SPD-Fraktion der Abgeordnetenkollege Ruppert Stüwe.

Abg. **Ruppert Stüwe** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für den Bericht zur Internationalisierungsstrategie der Hochschulen. Dieser reiht sich in einen Prozess ein, den wir als Koalitionsfraktion hier intensiv begleitet haben. Wir haben einen umfangreichen Antrag zur Internationalisierung des Wissenschaftssystems vorgelegt und in dem, was wir da vorgelegt haben, ordnet sich auch diese Strategie ein. Bei der Zusammenarbeit mit den Ländern will ich der KMK (Kultusministerkonferenz) nochmal danken. Das ist ein umfangreicher Prozess, wo die Länderinteressen deutlich eingeflossen sind. Anders können wir das im deutschen Hochschulsystem auch nicht organisieren.

Wir stehen vor einer internationalisierten Hochschullandschaft, wie wir sie lange nicht mehr hatten. Wir sind auf Platz 1 der nicht-englischsprachigen Studienstandorte und Deutschland hat im OECD-Vergleich (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) übrigens in Kanada die höchste Bleibequote von Absolventen im System. Ich glaube, das ist etwas, was wir uns auch immer vergegenwärtigen sollten. Nach der Hochschulbildung haben wir auch noch etwas von denjenigen, die zu uns kommen. Viele kommen zu uns wegen der guten Bedingungen, die das System bietet, aber auch, weil sie davor fliehen, dass die Bildungsbedingungen in ihren Heimatländern sich deutlich verschlechtert haben. Dass Repressionen zugenommen haben, dass Gewalt zugenommen hat und wir müssen auch als dritte Herausforderung sehen, dass sich die internationale Lage auch verschärft hat, dass wir an den Hochschulen überall da, wo wir internationale Kooperationen eingehen, das



Thema Resilienz im Blick behalten sollten. Also die Frage, wie wir eigentlich mit Wissenschaftssystemen umgehen sollen, die nicht so stark auf Kooperation und Freiheit eingestellt sind, wie das unsere.

Vieles von der Strategie ist bereits gesagt worden. Mir ist wichtig, dass das auch immer mit Maßnahmen hinterlegt worden ist und dass wir gesagt haben, es gibt einen Ansatz von Indikationen, an dem wir das auch messen und nachverfolgen können. Ich finde das ist grundsätzlich der richtige Ansatz, dass wir die rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen nochmal verbessern. Das Thema Visa ist immer das, was wir auch immer wieder in den Mittelpunkt stellen können. Das hat der Staatssekretär auch schon gesagt. Wir wollen die internationale Zusammenarbeit im globalen Kontext stärken und erst nochmal diversifizieren, was wir an Bedingungen an unseren Hochschulen haben. Es ist immer wichtig, dass wir alle ermuntern, aktiv die Kooperation mit dem globalen Süden zu suchen, weil wir da ein starkes und resilientes Wissenschaftssystem brauchen, und da, gerade wenn wir Kooperationen diversifizieren wollen, auch starke Bände knüpfen sollten.

Wir müssen natürlich auch das Thema der Digitalisierung in den Blick nehmen und - auch Teil der Strategie - die internationalen Kooperationsbeziehungen an deutschen Hochschulen und das deutsche Wissenschaftssystem noch stärker digitalisieren. Was jetzt noch fehlt und wo wir uns auf den Weg machen müssen, ist, die ungefähr 400 außeruniversitären Institute in den Blick zu nehmen, die in so einen Strategieprozess eingebunden werden sollen. Aber ich glaube, da sind wir auf einem ganz guten Weg, uns diese internationalen Themen als Koalition im Hochschulbereich und im Wissenschaftsbereich anzunehmen.

Abg. Katrin Staffler (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung sich das Thema zum Thema gemacht hat und dass wir im Ausschuss heute darüber sprechen können. Grundsätzlich sage ich auch, dass wir das Thema an sich als wichtiges Thema sehen und das Ganze auch positiv begleiten. Wir teilen auch die Ziele. Genau deswegen haben wir auch Anfang des

Jahres eine kleine Anfrage genau zu diesen Themenbereichen gestellt. Die Antworten waren konkret an der Stelle überschaubar und wir hatten uns ein Stück weit erhofft, dass aus der Strategie heraus die Konkretisierung zunimmt. Das hat sich leider nicht vollumfänglich bestätigt. Trotzdem möchte ich noch mal betonen, dass auch wir dieses Thema als wichtiges Thema ansehen. Deutschland hat sich unter der unionsgeführten Regierung in den vergangenen Jahren zu einem weltweit gefragten Zielort für internationale Studierende und Forschende entwickelt. Das ist gut, das ist wichtig, das ist richtig und es gilt jetzt den Weg weiterzugehen. Dazu möchte ich ein paar Stichworte in den Raum werfen.

Das erste Thema: Die Bologna-Reform. Im Rahmen des Bologna-Prozesses sind Mobilitätsziele festgelegt worden und wir müssen feststellen, dass die nicht erreicht worden sind. Dass wir die Internationalisierung in die Breite tragen, wieder mehr Studierende ansprechen, ist glaube ich ein Thema, das wir alle teilen und dass wir auch als Ziel sehen. Da würden wir uns aber ein Stück weit auch mehr konkrete Maßnahmen wünschen.

Das Thema Visaerteilung. Die Visa-Verfahren sind angesprochen worden. Was da jetzt aber konkret getan werden soll, um das zu beschleunigen, ist ein Stück weit offengeblieben. Die Strategie an sich berücksichtigt Brain-Gain, berücksichtigt auch Brain-Circulation als Punkt. Ich glaube, wir müssen darüber hinaus aber auch darüber nachdenken, wie wir dem Thema Brain-Drain auch in Deutschland entgegenwirken können bzw. zuvorkommen können und da beruft sich die Strategie ja auf die Zahlen des International Migration Outlooks aus dem Jahr 2022, dem zufolge Deutschland für Studierende nach Studienabschluss attraktiv ist. Es gibt aber auch eine neuere Studie, die ein sehr viel kritisches Bild zeichnet. Nämlich eine Studie von Jobvalley und der Uni Maastricht, in der im letzten Jahr 12.000 Studierende aus ganz Deutschland befragt worden sind. Die Ergebnisse waren, dass über 18 Prozent der Teilnehmer die Jobchancen im Ausland besser einschätzen als in Deutschland. Bei den Studierenden mit Migrationshintergrund war der Wert sogar noch deutlich höher. Auch da würden wir uns konkrete Strategien wünschen, wie wir eben genau diese Menschen in Deutschland halten können.



Ein letztes Stichwort: Israel und Antisemitismus. Wir haben nicht das Gefühl, dass die Willkommenskultur für alle Studierenden gleichermaßen gilt und da braucht es dringend Maßnahmen zum Schutz von jüdischen Studierenden und wir fragen uns schon, wann da endlich etwas passiert. Danke.

Abg. Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Grüne begrüßen wir die neuen Leitlinien von Bund und Ländern. Damit wird der Koalitionsvertrag der regierungstragenden Fraktionen umgesetzt und auch die wesentlichen Erkenntnisse aus der Anhörung unseres Ausschusses finden Berücksichtigung. Die Herausforderung ist für uns alle miteinander, dass der deutsche Wissenschaftsstandort sich in einer Zeit positioniert, in der Weltoffenheit und Wettbewerbsfähigkeit eng miteinander verknüpft sind. Die Strategie wird in diesem Sinne aktualisiert und zielt darauf ab, die Internationalisierung unserer Hochschulen chancengerechter, wertebasierter und interessengeleiteter voranzubringen als bisher. Das halten wir für dringend notwendig in einer geostrategisch neuen Lage, wo wir uns eben im internationalen Wettbewerb der Wissenschafts- und Innovationsstandorte klug positionieren müssen.

Stichworte unserer Debatte sind Diversifizierungen der Kooperationen, Nachvollziehen der Zeitenwende im deutschen Wissenschaftssystem und De-Risking als zentrales Sicherheitspolitisches Paradigma, beispielsweise in der nationalen Sicherheitsstrategie, aber auch in der China-Strategie der Bundesregierung.

Kollege Stüwe hat es gesagt, wir sind auf Platz eins der nicht-englisch-muttersprachlichen Länder und wollen das auch bleiben. Internationale Talente suchen auf dem Globus sehr genau, wo sie leben, studieren, forschen und arbeiten wollen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Bundesrepublik Deutschland den roten Teppich für internationale Spitzentalente und auch für Studierende auslegen und sie in unserem Land willkommen heißen. Das ist eine Frage intellektueller Offenheit, globaler Wissengerechtigkeit und auch eben deutscher Wettbewerbsfähigkeit.

Stellschrauben zur Erleichterung von

akademischer Mobilität sind die Entbürokratisierung und schnellere Visa-Verfahren in den Auslandsvertretungen. Diese Bundesregierung geht mit der Digitalisierung der ersten Stufe voran, weil es unzumutbar ist, dass man mehrere Monate auf die Erstvergabe eines Termins warten muss. Eine der vielen unerledigten Hausaufgaben aus 16 Jahren Vorgängerregierung. Wir wollen klügere Kooperationsvereinbarungen eingehen, den Ausbau von Willkommensinfrastrukturen an unseren Hochschulen ausbauen, die digitale Mobilität stärken und die Chancen der Digitalisierung für den wissenschaftlichen Austausch stärker nutzen, auch das ist ein komplett neuer Punkt. Auslandserfahrungen fördern die persönliche Entwicklung und tragen zur Völkerverständigung bei. Die Mobilitätsprogramme, die wir insbesondere über unsere Mittlerorganisationen anbieten, wollen diese Erfahrung für möglichst viele ermöglichen und dabei vielfältigere, auch bisher unterrepräsentierte Gruppen erreichen.

Das Thema Kooperation mit engen Wertepartnern wurde angesprochen, ein großes Ausrufezeichen auch von der Grünen-Fraktion dahinter. Der Austausch mit Regionen auf der Welt muss fair gestärkt werden, die Länder des globalen Südens sind stärker einzubeziehen und das alles in einer globalisierten Welt, wo wir leider nicht mehr nur von Freunden umzingelt sind. Deshalb eine große Zustimmung aus der Grünen-Fraktion für das Update dieser Internationalisierungsstrategie. Danke schön.

Abg. Prof. Dr.-Ing. habil Michael Kaufmann (AfD): Vielen Dank. Die Bundesregierung will mit dieser Strategie unsere Hochschulen zu Orten der gelebten Internationalität und Diversität machen. Doch die internationale Ausrichtung von Forschung und Lehre ist keineswegs eine Erfindung des 21. Jahrhunderts. Vielmehr war die Mobilität zwischen den Hochschulen in Europa, die Mobilität der Studenten und der Lehrkräfte schon immer die Regel. Da braucht man sich nur die Biografien früherer Wissenschaftler anzuschauen. Es gab vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg einen Einschnitt und der lag an Mobilitätshindernissen und daran, dass staatliche Stellen sich mit bürokratischen Vorgaben in den Wissenschaftsbetrieb eingemischt haben. Das



schreiben Sie vor allem auch selbst in Ihrer Strategie. Ich zitiere: „In vielen Fällen bedarf die Erreichung der vorgeschlagenen Ziele der Abstimmung mit Einrichtungen und Behörden außerhalb des Wissenschaftsbereichs.“ Jede Universität ist daran interessiert, die besten Studenten, Doktoranden, Professoren und Forscher an sich zu binden und genauso liegt es im Interesse und auch in der Eigenverantwortung jedes Studenten, für sich den besten Weg und den besten Ort für sein Studium zu finden. Die internationale Mobilität würde sich bei einem angemessenen hohen Qualitätsminimum daher von selbst einstellen, wenn dem nicht künstlich erzeugte bürokratische Hürden im Wege ständen. Hier möchte ich auch noch mal den Bologna-Prozess erwähnen, der nicht zu der erwarteten höheren Mobilität geführt hat. Viele kritisieren eine Verschulung, die durch diesen Prozess stattgefunden hat. Früher ist man einfach aus Interesse und Abenteuerlust ins Ausland gegangen, heute rechnet man genau nach, wie viele Credit Points einem das bringt und um wie viele Monate das Studium verlängert wird.

Für eine weitgehend ungehinderte europäische Mobilität im Hochschulbereich braucht es keinen zusätzlichen Aktivismus, keine teuren Programme und Hochglanzbroschüren, sondern lediglich den Abbau bürokratischer Hindernisse, die Vergleichbarkeit und Akzeptanz von Hochschulcurricula und Abschlüssen. Sie verquicken dann das Programm auch noch mit Feminismus, Genderfragen, Nachhaltigkeitszielen und anderen ideologischen und für das eigentliche Anliegen überflüssigen Elementen. Das Ansinnen, das Ihrer Strategie zugrunde liegt, ist zu begrüßen. Die Überfrachtung mit bürokratischem und ideologischem Ballast ist hingegen symptomatisch für diese Regierung.

Ich möchte noch eine Frage ansprechen. Wo sehen Sie derzeit die größten bürokratischen Hindernisse für die europaweite Mobilität im Bereich der Wissenschaft und welche Initiativen planen Sie, um diese aufzubauen? Danke.

Der Vorsitzende: Danke. Die Frage an die Bundesregierung sammeln wir und wird am Ende beantwortet. Wir kommen jetzt zur FDP-Fraktion und dem Berichterstatter Dr. Stephan Seiter.

Abg. Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP): Vielen Dank,

Herr Vorsitzender. Unsere Fraktion begrüßt dieses Update der Internationalisierungsstrategie für Hochschulen. Es ist wichtig, dass wir gerade in der Zeitenwende dieser neuen geopolitischen Situation, die Internationalität, die Internationalisierung von Hochschulen weiter vorantreiben. Denn jeder, der in internationalen Studiengängen unterwegs ist, sei es als Lehrender, sei es als Studierender, stellt fest, dass es eine wahnsinnige Bereicherung für das eigene Leben ist. Es schafft eine Erfahrung. Es lässt einen über den Tellerrand schauen und das ist ein ganz wichtiger Punkt, den es noch mehr auszubauen gilt. Denn nur wenn Leute zusammenarbeiten, zusammen studieren, sich austauschen und zusammen wissenschaftliche Forschung machen, werden sie sich auch besser verstehen und werden gemeinsam ihre Ziele teilen. Deswegen ist es wichtig, dass die angesprochenen Ziele tatsächlich verfolgt werden.

Eine Strategie ist nicht automatisch eine Umsetzung. Deswegen ist es auch wichtig, dass man etwas ins Detail reinschaut. Da begrüßen wir ganz besonders das Thema der Visa-Erlichterung. Das ist ein wichtiger Punkt. Jeder, der in der Praxis damit unterwegs ist, weiß, wie schwierig das ist. Teilweise wird der Studienbeginn dadurch verzögert. Und es ist eben dann nicht immer nur eine bürokratische Regel, sondern es ist schlichtweg auch teilweise die Überlastung vor Ort.

Ein wichtiger Punkt ist auch, dass wenn wir offen sein wollen, es dann auch bedeutet, dass wir, wenn junge Leute zu uns kommen, sie entsprechend begrüßen können. Das schließt zum Beispiel auch ein, dass wenn man frisch in das Land kommt, jemand da ist, der Englisch spricht und der einen dann auch aufnehmen kann. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen. Dann ist man auch attraktiv, wenn man dann noch schafft, dass diejenigen, die gekommen sind, dann noch Zugang zu Deutschkursen haben. Dann gelingt Integration und dann gelingt auch das, was von Kollegin Staffler angesprochen wurde: Nämlich die Phase des Brain-Gain. Es sollte aber unser Ziel sein, eine Brain-Circulation zu haben. Das trägt auch dazu bei, unseren wissenschaftlichen Fortschritt global voranzutreiben. Und bitte lassen Sie mich an der Stelle noch eines anmerken. Wir können hier Strategien verabschieden, wir können



uns hier Ziele setzen, aber es kommt letztendlich nachher darauf an, wer vor Ort an den Hochschulen an das Ganze geht. Das möchte ich an der Stelle einfach erwähnen. Da gehen viele Menschen, Mitarbeitende, Lehrende, alle, die daran beteiligt sind, immer eine Extrameile und denen sollte unser Dank auch gelten. Denn die haben für das internationale Verständnis der Zusammenarbeit vielleicht manchmal mehr getan als der eine oder andere Staatsbesuch. Vielen Dank.

Abg. Nicole Gohlke (Die Linke): Dankeschön. Die Internationalisierungsstrategie benennt die Herausforderungen und Risiken auf geopolitischer Ebene mit verschärfter Konkurrenz, nationaler Abschottung und Krieg, die natürlich Erschwernisse in der internationalen Zusammenarbeit mit sich bringen, bis hin zur Einstellung von Kooperationen, obwohl es in Kriegs- und Krisenzeiten natürlich ganz besonders darum gehen müsste, die Vermittlungsaufgabe von Wissenschaft zu fördern und zu stützen. Richtigerweise fordert die Strategie die Stärkung der Resilienz der Hochschulen, dann wird es aber aus meiner Sicht sehr schnell relativ schwammig. Die grundsätzlich positive Ausgangsrichtung verengt sich in Kombination mit den Verweisen auf die nationale Sicherheitsstrategie darauf, die Wissenschaftsfreiheit in Einklang mit den sicherheitspolitischen Interessen der Bundesregierung zu bringen. Sicherheitspolitische Aspekte sollten aus meiner Sicht aber vor allem unter dem Aspekt der Dual-Use-Forschung im Widerspruch zur Friedenssicherung behandelt werden und dieses konkrete Problem wird völlig ausgespart. Stattdessen versteckt man sich hinter dem Begriff der Wissenschaftsfreiheit, wenn es um eine effektive Regulierung des Missbrauchs wissenschaftlicher Erkenntnisse und auch dem gezielten Abfluss von wissenschaftlichen Ergebnissen in autokratischen und diktatorischen Ländern geht.

Es wird dafür plädiert, bestehende Schutzprogramme für politisch verfolgte Wissenschaftler wie das Hilde-Domin-Programm oder die Philipp-Schwartz-Initiative zu stärken. Gerade diese Programme waren aber in den letzten Haushalten von Kürzungen betroffen. Insbesondere das Hilde-Domin-Programm ist finanziell viel zu gering ausgestattet und bräuchte

eine ordentliche Finanzspritze, wenn auf 25 Plätzen 500 Bewerbungen kommen.

Und letzter Satz: Dass man eine Stärkung der Forschung und Lehre zu kritischen Themen fördern will, kauft zumindest dem Bund seit dem Fördermittelskandal des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nun wirklich niemand mehr ab. Wenn man Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern damit droht, ihnen ohnehin eng bemessene und wenige Fördermittel wegzu nehmen, schadet man nicht nur diesen konkreten Wissenschaftler/-innen, sondern eben auch dazugehörigen Kooperationspartnern auf nationaler und internationaler Ebene. Vielen Dank.

Abg. Ali Al-Dailami (BSW): Vielen Dank. Einige Ihrer Punkte zur Förderung der Internationalisierung im Hochschulwesen sind natürlich richtig und begrüßenswert. Ich finde, Herr Professor Dr. Seiter hat einige Argumente benannt, die wir auch unterstützen und richtig finden. Ohne eine länderübergreifende Kooperation ist die Spitzenforschung undenkbar. Doch große Kritik üben wir, und das wissen Sie auch, an der Idealisierung, die hinter all dem steht. Auf der einen Seite kritisieren Sie in Ihrem Papier vollkommen zu Recht eine zunehmende nationale Abschottung und Systemrivalität im Bereich der Wissenschaftskooperation. Doch im nächsten Satz beziehen Sie sich dann auf die China-Strategie 2/23. Und in dieser Strategie, genau wie im Antrag der Ampel vom November oder in der nationalen Sicherheitsstrategie, forcieren Sie doch genau diese Abschottung, vor der Sie angeblich warnen. Claudia Roth meinte, Kulturpolitik ist Sicherheitspolitik. Karl Lauterbach will das Gesundheitssystem etwas „auf Krieg“ trimmen. Und nun sollen auch die Themen Forschung und Bildung irrsinnigerweise immer weiter in die globale Blockbildung hereingezogen werden. Im Übrigen will ich daran erinnern, dass China in 80 Prozent der kritischen Hightech-Forschung in der Welt führend ist. Zu meinen, sich hier abschotten zu können, ist meines Erachtens naiv und selbstschädigend.

Und noch eine letzte Bemerkung. Es geht in Ihrem Papier viel darum, den Wissenschaftsstandort Deutschland attraktiver zu machen und zu schützen. Doch der größte aktuelle Schaden für diesen Standort kommt in jüngster Vergangenheit



bekanntlich aus der Bundesregierung selbst. Nämlich im Umgang mit der Affäre um Ministerin Stark-Watzinger, was der internationalen Presse, und das können Sie ja verfolgen, auch nicht entgangen ist. In diesem Sinne, der aktuell beste Schutz für den Ruf des Wissenschaftsstandortes wäre es, wenn die Ministerin die Konsequenzen ziehen würde und ihr Amt abgeben würde oder besser gesagt zurücktreten würde.

Der Vorsitzende: Wir kommen nun zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Jens Brandenburg.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Vielen herzlichen Dank. Einige Punkte, auf die ich kurz eingehen würde, sind zunächst die Aufgaben, Frau Kollegin Staffler hat das nochmal angesprochen. Zum einen möchte ich das auch zusammen mit dem Punkt, wie sich eigentlich die Zahlen entwickelt haben, beantworten, der auch später als Wortmeldung aufgekommen ist. Das war jetzt nicht von Katrin Staffler behauptet, aber dass durch die Bologna-Reform die Zahlen deutlich nach unten gegangen seien, ist dezidiert nicht der Fall. Wenn man sich das im Zeitverlauf anschaut, gehen die Zahlen weiter hoch. Es war dann im letzten Jahrzehnt eher so ein bisschen stagnierend, aus unterschiedlichen Gründen. Wir können aber durchaus sagen, dass wir inzwischen natürlich auch Pandemien überwunden haben und die Zahlen wieder angezogen worden sind. Und ausdrücklich, was in dieser Legislaturperiode nochmal ein erfreuliches Signal ist, ist, dass wir weltweit als drittbeliebtestes Zielland sogar die Australier überholt haben. Insofern glaube ich, ist das wirklich jahres- und legislaturperiodenübergreifend und wir haben ein paar Baustellen vor uns, die wir durchaus mit dieser Internationalisierungsstrategie angehen. Aber da gibt es einige Punkte, an denen die Bundesregierung mit den Ländern und den Hochschulen bereits seit über vielen Jahren hinweg arbeitet und das sehen wir durchaus an einigen sehr positiven Werten.

Ich würde bei Frau Kollegin Staffler einen Punkt allerdings nochmal ansprechen wollen. Mit kleinen Anfragen ist das natürlich immer ein laufender Prozess und das ist jetzt keine Überraschung, dass man Ergebnisse natürlich erst dann melden kann, wenn die Diskussionen mit

den Ländern abgeschlossen sind. Das ist jetzt kein Geheimnis. Aber vor allen Dingen ist mir die Konkretisierung schon noch einmal wichtig, weil, das ist einer der Kernpunkte, die sich im Vergleich zur Vorgängerstrategie aus dem Jahr 2013 geändert haben. Dass wir mit dem Anhang 1 jetzt wirklich zu jedem der Ziele sehr konkrete Maßnahmen hinterlegt haben, in unterschiedlicher Zuständigkeit, Bund, Länder und auch der Hochschulen, ist eine Neuerung gegenüber der Strategie aus dem Jahr 2013, in welcher solch konkrete Maßnahmen nicht enthalten waren. Man kann gerne kritisieren, dass nicht jede Maßnahme, die man sich gewünscht hat, möglicherweise auch von Bund plus 16 Landesministerien einstimmig vereinbart werden konnten. Ein bisschen Fantasie haben alle mit dabei, aber das finde ich nach diesem Prozess wirklich auch einen großen Erfolg, gerade mit Blick auf die Konkretisierung dessen, was wir uns da gemeinsam vornehmen und auch übrigens daran messen lassen. Deshalb ist auch das durch Indikatoren gestützte Reporting sehr wichtig.

Zur Willkommenskultur möchte ich auch sagen, dass ich vor allem die Bedeutung dessen unterstreiche. Ich bin sehr dankbar, dass das nochmal angesprochen wurde, dass auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und insbesondere die Ministerien die sich insbesondere seit dem 7. Oktober nochmal sehr deutlich, davor auch, aber seitdem nochmal sehr nachdrücklich auch zu diesen Themen immer äußern.

Nach diesen Impulsen ist auch beispielsweise in der Kultusministerkonferenz (KMK) einiges an Maßnahmen nochmal in Gang gesetzt und vereinbart worden, nicht nur Papiere, sondern auch in der konkreten Umsetzung. Auch in dieser Woche war die Ministerin wieder mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und weiteren Akteuren zusammen, um zu diesen Themen zu sprechen. Es sind nicht immer einfache Fragen. Wir wissen auch, was in den Hochschulen teilweise los ist. Es sind auch dort keine einfachen Fragen, aber ich bin sehr dankbar, dass wir das wirklich auch fraktions- und parteiübergreifend in der Regierung einerseits, aber auch mit dem Parlament gemeinsam in die Richtung unterstützen.

Zu Herrn Kaufmann seitens der AfD nochmal die



bürokratischen Hürden, die abzubauen sind. Ja, genau richtig. Ich würde widersprechen bei dem Halbsatz, wo Sie die aktuelle Bundesregierung dargestellt haben als eine Regierung, die Bürokratie aufbaue. Wenn Sie sich den Verlauf des Bürokratiekostenindex anschauen, dann erreichen wir in dieser Legislaturperiode seit Erhebung der Messung den niedrigsten Stand. Das heißt, diese Bundesregierung, die aktuelle Koalition, baut unter dem Strich Bürokratie ab. Jeder Einzelne von uns hat sicher noch mehr Fantasie, wo noch mehr geht. Das will ich gar nicht verschweigen. Und auch im Parlament wird gerade im parlamentarischen Verfahren einiges noch zusammengesammelt, um da noch etwas draufzulegen. Es ist aber insgesamt und ausdrücklich auch mit Blick auf diese Internationalisierungsstrategie nicht so, dass eine neue Bürokratie unter dem Strich entsteht, sondern auch ganz viele konkrete Punkte auch mit dabei sind, die Bürokratie abbauen. Sie haben nach den größten Hindernissen gefragt. Das ist jetzt keine abschließende Aufzählung, deshalb nur die größten. Aus meiner Sicht, vor allen Dingen im Bereich der Anerkennung haben wir oftmals Hürden. Die Visa habe ich eben schon angesprochen und auch das Thema des Hochschulzugangs ist eines, was in der Internationalisierungsstrategie eine hervorgehobene Rolle spielt. Das war eine Rückmeldung aus der Praxis, dass das oftmals große bürokratische Hürden sind. Ich möchte darüber hinaus aber betonen, die Hürden sind nicht nur bürokratischer Natur. Es geht sehr stark auch um die Frage der Willkommenskultur. Und ich erlebe das. Ich war erst vor wenigen Tagen auch in Lateinamerika nochmal mit Partnern vor Ort, um genau diese Hochschulkooperationen und Forschungskooperationen erfolgreich zu stärken. Da wird sehr genau geschaut, was eigentlich hier in Deutschland gerade mit manchen Demonstrationen und Bildern passiert, wie weltoffen versus fremdenfeindlich unser Land denn so ist. Und das möchte ich an der Stelle auch in Reaktion auf die Frage auch nochmal sehr deutlich sagen. Wir können gar nicht so viel Bürokratie abbauen, um das wieder gut zu machen, was teilweise in unserem Land an Äußerungen oder in Social Media unterwegs ist. Dieses Thema der Willkommenskultur und der gelebten Weltoffenheit und Toleranz, das gehört

unbedingt mit dazu.

Und ansonsten, Frau Kollegin Gohlke und Herr Kollege Al-Dailami, Sie haben nochmal einige Punkte angesprochen. Ich glaube, wir sind jetzt in einer großen außenpolitischen Debatte. Das kann man im anderen Ausschuss vielleicht ausführlicher machen. Aber ich möchte schon sehr stark nochmal, da Sie dieses Thema Abschottung von China angesprochen haben, da sehr dezidiert widersprechen. Gegenstand und Kernelement der China-Strategie ist keine Abschottung. Das wäre auch, gerne nachlesen, mag sich jeder selbst gern ein Bild davon machen, dezidiert keine Abschottung. Ich kenne auch innerhalb der Koalition niemanden, der dies fordern würde. Sondern wir betonen insbesondere übrigens auch im Wissenschaftsbereich immer, immer wieder, dass wir natürlich in Zeiten von Klimawandel etc. auch mit Partnern, die jetzt keine feste Demokratie, Rechtsstaat etc. sind, eng zusammenarbeiten müssen. Was sich aber im Vergleich zu früheren Jahren geändert hat, ist, da insbesondere China die Spielregeln einseitig geändert hat und durchaus mit sehr zentralen Angriffen auch auf die Wissenschaftsfreiheit und auch auf Forschungssicherheit unterwegs ist, dass die Sensibilität dessen und wie man kritischer mit diesen Fragen umgeht, in Einzelfällen gestiegen ist. Das ist keine Abschottung, sondern das ist eine vernünftige Reaktion auf das, was dort an anderer Stelle entschieden wurde.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank ans Ministerium. Damit schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass wir die Vorlage natürlich zur Kenntnis genommen haben. Vielen Dank für die Diskussion.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Ansehen des Handwerks heben – Eine gemeinnützige Stiftung „Haus der kleinen Handwerker“ ins Leben rufen

BT-Drucksache 20/11960

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 2. Hier handelt es sich um den AfD-Antrag auf der Bundestagsdrucksache



20/11960 mit dem Titel „Ansehen des Handwerks heben, eine gemeinnützige Stiftung „Haus der kleinen Handwerker“ ins Leben rufen.“ Ich erteile das Wort Frau Höchst für die AfD-Fraktion.

Abg. Nicole Höchst (AfD): Vielen herzlichen Dank. Es ist Fakt, dass die MINT-Förderung in Deutschland für Kinder und Jugendliche sehr stark ist und das ist auch gut so. Es gibt unzählige Projekte für Kinder und Jugendliche an diesen zu partizipieren und sich somit mit der Materie vertraut zu machen und weiterzubilden. Deshalb liegt es also für uns nahe, zur Herstellung von echter Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung dieses Konzept auch für das Handwerk zu fordern. Wir fordern in unserem Antrag, also analog zum früheren Haus der kleinen Forscher, ein Haus der kleinen Handwerker, das heißt eine Stiftung, welche sich für das Handwerk vom Kindesalter an stark macht. Und das Handwerk in Deutschland braucht diese Stütze. Ich zitiere nochmal aus dem Bildungsbericht aus dem Jahr 2023: „So gaben Handwerksbetriebe, die aktuell nicht ausbilden, neben betrieblichen Voraussetzungen den Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern bei der Besetzung von offenen Ausbildungsstellen als Grund für das Ausbleiben des Ausbildungsengagements an. Von den Handwerksbetrieben, die auf der Suche nach Auszubildenden sind, konnte etwa jeder zweite, also 49 Prozent, die im Halbjahr 2022 angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen. Bei weiteren 15 Prozent blieb zumindest ein Teil der angebotenen Ausbildungsplätze unbesetzt.“

Es gibt also unter anderem ein Imageproblem. Diesem wollen wir mit unserem Antrag entgegenwirken und fordern, wie gesagt, eine Stiftung im Haus der kleinen Handwerker ins Leben zu rufen und dieses finanziell zu fördern, damit das Handwerk mit den MINT-Förderungen gleichgestellt wird.

Wir fordern zweitens, die akademische Bildung und Forschung mit der beruflichen Bildung insbesondere dem Handwerk gleichzusetzen und dabei Projekte, Werbe- und Marketingkampagnen analog zum Haus der kleinen Forscher herzustellen und in Umlauf zu bringen. Social-Media-Auftritte etc. pp., gleichlautend, Lösungsstrategien für das Imageproblem des Handwerks sollen entworfen werden. Dabei

können wir zurückkommen auf die Ergebnisse der Enquete-Kommission. Da haben wir einiges erarbeitet.

Drittens sollen gezielte Projekte analog zur MINT-Förderung für das Handwerk starten.

Viertens sollen Studien zur Erforschung der pädagogischen Wirkung auf das Handwerk auf Kinder in Auftrag gebracht werden.

Ich möchte Sie alle eindringlich bitten, das mal zu erwägen. Ich weiß, dass Sie diesen Antrag wieder schlecht machen und ich weiß nicht was noch alles verteufeln werden. Das ist am einfachsten, das machen Sie immer so, aber diese Thematik ist zu wichtig, um jetzt hier zu politisieren und einfach nur auf Fraktionsgrenzen zu schauen. Vielen Dank.

Abg. Martin Rabanus (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Höchst, es wäre tatsächlich schön gewesen, wenn Sie das Thema ein bisschen intelligenter und ernsthafter aufgeladen hätten. Ich glaube, dass Sie ganz grundsätzlich ein paar Sachen nicht verstanden haben, jedenfalls Dinge, die wir grundsätzlich auch ganz anders sehen. Es beginnt damit, dass Sie auf eine, wie ich finde, sehr merkwürdige Weise in Ihrem Prosa-Text beklagen, dass es immer weniger Hauptschülerinnen und Hauptschüler sowie Hauptschulen gäbe. Nur mal vom Grundverständnis. Wir als SPD glauben, dass Kinder nicht mit einem Stempel auf der Stirn geboren werden, auf dem Hauptschüler, Realschüler, Gymnasiast oder Führungskraft oder dergleichen mehr steht. Wir glauben, dass Kinder mit unterschiedlichen Anlagen, Fähigkeiten und Fertigkeiten auf die Welt kommen, dass sie gefördert werden müssen, so gut es eben geht. Und deswegen gehen wir auch davon aus, dass wir, wenn wir feststellen, dass wir eher weniger Schülerinnen und Schüler in niedrigen Bildungsgängen haben, es mit einer Bildungsexpansion zu tun haben und nicht mit einem Bildungsabbau. Das sind grundsätzlich unterschiedliche Herangehensweisen.

Wir adressieren auch ein paar Punkte, die richtig sind, also die Frage der motorischen Fähigkeiten von Kindern, auch kleineren Kindern. Das ist sicherlich aller Ehren wert. sich darüber Gedanken zu machen, wie man das verbessern kann. Allerdings, wenn wir wirklich über die



Förderung des Handwerks und der Förderung der beruflichen Bildung sprechen, dann glaube ich, müssen wir über andere Instrumente nachdenken und über andere Themen sprechen, als Sie das machen. Da gibt es unterschiedliche Ansätze, die von der Bundesregierung verfolgt werden, die wir auch im parlamentarischen Verfahren diskutieren.

Stichwort Berufsorientierung. Erst vor vier Wochen haben wir auf der Basis eines Antrags der Union, den wir aus Gründen am Ende des Tages nicht beschlossen haben, in die richtige Richtung diskutiert. Dahin muss es nämlich tatsächlich gehen und wir müssen schauen, wie wir die Berufsorientierung, die berufliche Bildung in allen Schulformen voranbringen. Wir müssen schauen, dass die Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung so sind, dass sie wirklich attraktiv sind. Darüber gibt es hier, glaube ich, dem Grunde nach Einvernehmen, dass wir das wollen, mit unterschiedlichen Fragen, in welchen Schritten und in welcher Geschwindigkeit, was nun sinnvoll ist. Und wenn wir in diese Richtung diskutieren, dann tun wir dem Handwerk tatsächlich einen Gefallen. Mit einer ganz nett klingenden Stiftung, glaube ich, tun wir das nicht und deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Abg. Stephan Albani (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ein Antrag der AfD, typischer Bauart, Titel und Thema erscheint derart evident, dass eine Zustimmung quasi zwingend ist und Sie haben dann gleich das getan, was hinterher immer kommt, nämlich wenn wir das nicht ganz so sehen, gehen Sie sich in die Opferrolle. Der Name ist schon mal problematisch. Das Haus der kleinen Forscher gibt es nicht mehr, wenn man also eine Analogie bedienen will, sollte man es dann schon so nennen, wie es jetzt heißt: Kinder forschen. Ob man das gut findet oder nicht, ist eine andere Frage, aber wenn man Analogie benutzen will, braucht man das schon.

Zweitens, das Haus der kleinen Forscher beruht darauf, dass man mittels einfacher Experimente, die in eine kleine Tüte passen, Erzieherinnen befähigt, Wissenschaft in den Kindergärten durchzuführen. Wenn man jetzt an das Handwerk denkt, passt mindestens ein Akkuschrauber nicht mehr in eine kleine Tüte, oder ein Bohrhammer, eine Säge oder Ähnliches. Also beim Handwerk würde es darum gehen, nicht die Erzieherinnen

zu befähigen, sondern man müsste das Handwerk haben, das in die Kindertagesstätten hineingeht. Wenn man das aber hat, ist das an der Stelle ein völlig anderes Personal- und Geschäftsmodell und nicht mehr das „train the trainer“, also das Trainieren der Erzieherin im Hinblick auf die Umsetzung von Forschung in den Kindergärten und Kindertagesstätten, sondern hier ging es darum, dass das Handwerk hineinmuss. Außerdem muss dort eine vorhandene Infrastruktur sein, man muss mindestens eine Werkbank oder dergleichen mehr dahaben, denn das Zerstören eines durchschnittlichen Küchentisches wird nicht das Ziel eines jeden sein. Hast du aber die Infrastruktur und das Personal vor Ort, nennt man das Werkunterricht. Also wäre die stärkere Forderung nach Werkunterricht und dergleichen mehr an dieser Stelle eigentlich die sinnvollere Variante.

Das obliegt dann wiederum, es tut mir leid, dass ich das so sagen muss, im Rahmen des Föderalismus den Ländern. Insofern am Thema vorbei.

Also bleibt es eine Image-Kampagne. Das Handwerk hat eine der besten Image-Kampagnen für sich selbst gemacht, die mehrfach preisgekrönt wurde. Und ich kann Ihnen hundertprozentig sagen, egal welche Regierung regiert, besser wird man das kaum hinkriegen können, insbesondere mit politischen Mitteln an dieser Stelle. Also insofern, man muss nichts reparieren, was nicht kaputt ist. Und insofern kommen wir genau zu dem: Enquete-Kommission, gute Dinge erarbeitet, Berufsorientierung und andere Maßnahmen. Was Sie da gerade angesprochen haben, kann ich nicht nachvollziehen, aber eine Berufsorientierung, die ihren Namen verdient, als individuellen Suchalgorithmus für den Einzelnen, um die Talente, wie der Kollege Rabanus sehr richtig gesagt hat, im Einzelfall zu entwickeln, das würde Sinn machen. Das macht einen Effekt, das würden wir unterstützen. Das andere ist einerseits falsch, andererseits am Thema vorbei und deswegen ist hoffentlich in diesem Fall die Ablehnung ausreichend begründet.

Der Vorsitzende: Mir sei die Zwischenbemerkung erlaubt, bitte keine Kettensägen in Papiertüten an Kinder zu verteilen und ich erteile jetzt Dr. Anja Reinalter für Bündnis 90/die Grünen das Wort.



Abg. Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben es gehört, uns liegt ein Antrag der AfD vor, um das Ansehen des Handwerks zu heben. Mein erster Eindruck war so: Ups, was ist das? Guter Titel, aber wenig dahinter. Jetzt haben wir einen Antrag, in dem es darum geht, mehr Azubis für das Handwerk zu gewinnen und ganz ehrlich, mein erstes Bild, das ich vor Augen hatte, war die Kampagne des Handwerks und ich kenne kaum eine bessere Kampagne als die des Handwerks für die Ausbildung zu werben und für die berufliche Bildung zu werben. Die ist so eingänglich und so eindrücklich und so perfekt, dass ich mir oft wünschen würde, wir könnten das so wie das Handwerk. Nun ja, ich glaube auch nicht, dass das Handwerk Unterstützung von der AfD braucht. Aber was wir natürlich brauchen, ist mehr Wertschätzung für das Handwerk. Allerdings sehe ich in Ihrem Antrag nicht mit einem Satz, ich sehe keinen Satz der Wertschätzung für das Handwerk. Da steckt nicht mit einem Satz drin, was Ausbildungsbetriebe tatsächlich leisten. Also Wertschätzung sieht wirklich anders aus. Und natürlich ist es richtig, eine Forderung zu stellen für mehr Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Und natürlich könnte auch eine Stiftung für Kinder ein Baustein sein, um Kinder ans Handwerk heranzuführen. Aber die Forderungen im Antrag sind doch sehr irritierend. Ein Antrag, bei dem es in so einem wirklich wichtigen gesellschaftlichen Thema wie der Gleichsetzung beruflicher und akademischer Bildung darum geht, ich zitiere aus Ihrem Antrag, „die akademische Bildung und Forschung mit der beruflichen Bildung, insbesondere dem Handwerk gleichzusetzen.“ Gleichzusetzen - Sie haben es eben wieder gesagt in Ihrer Eingangsstellungnahme - ist politisch völlig irreführend. Es geht um die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung. Und solange Sie das nicht verstanden haben und in Ihrem Antrag von Gleichsetzen schreiben, sind Sie wirklich völlig auf dem Holzweg. Das ist ein ganz großer Unterschied. Und mehr muss man zu diesem Antrag gar nicht sagen. Das wir ihn ablehnen, ist klar.

Abg. Nicole Gohlke (Die Linke): Den Antrag der AfD lehnen wir auch ab, weil es absurd ist, den Fachkräftemangel im Handwerk eben zu einem reinen Imageproblem zu erklären. Das ist aus

unserer Sicht auch ignorant den realen, vor allem strukturellen Problemen gegenüber. Dass das Ausbildungsengagement in einigen Betrieben ausbleibt, dass es einen Mangel an Bewerber/-innen gibt, hat nicht primär etwas damit zu tun, dass der Handwerksberuf unattraktiv oder den akademischen gegenüber pauschal abgewertet ist. Das Fachkräfteproblem hat was zu tun mit demografischem Wandel, mit ehrlich gesagt zu geringer Einwanderung oder auch zu schlechten Bedingungen für Eingewanderte, mit teilweise schlechten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und mit Fehlstellungen im Bildungssystem, das in den Bildungsbiografien immer noch zu stark vererbt. Es ist nicht so, dass sich alle Eltern eine akademische Ausbildung für ihre Kinder wünschen, insbesondere Eltern, die selbst nicht studiert haben, verstehen oft den Wunsch nach einem Studium nicht, fragen sich, warum das Kind nicht was Ordentliches lernen will.

Es liegt aus unserer Sicht auch zu wenig Augenmerk auf den bestehenden Vorurteilen gegenüber denjenigen, deren Eltern nicht an der Universität waren, deren Begabung dann oft pauschal bei den praktischen Tätigkeiten gesehen wird. Der Antrag der AfD plädiert dafür, den Hauptschulabschluss enger an handwerkliche Tätigkeiten zu binden. Es ist aber gerade die Dreiteilung des Bildungssystems in Haupt- und Realschule und Gymnasium, die die soziale Bildungsmobilität erschwert. Immer mehr Menschen nutzen in Deutschland den sogenannten dritten Bildungsweg, das heißt die Möglichkeit, mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und Erfahrung und ohne Abitur ins Studium zu kommen. Es gibt keine nachweisbare Entweder-oder-Situation zwischen Handwerk und Studium, wie es die AfD suggeriert, und auch die Zahlen der Studierenden in dualen Studiengängen ist so hoch wie noch nie.

Das heißt, es braucht keine falsche Gegenüberstellung, sondern mehr Bemühungen um echte Durchlässigkeit und Bildungsmobilität. Beides sucht man aber im Antrag der AfD vergebens, deswegen lehnen wir ihn ab.

Abg. Ali Al-Dailami (BSW): Wir finden grundsätzlich natürlich auch, dass das Handwerk als wichtige Säule des Mittelstandes grundsätzlich gestärkt werden soll und wir stellen grundsätzlich auch fest, dass es in Deutschland im Moment



aufgrund der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung die Wirtschaft als solche insgesamt gerade in großen Bereichen Probleme hat. Und davon ist natürlich auch das Handwerk kurz- und langfristig betroffen. Aber es reicht eben nicht aus, nur über Imageprobleme zu reden oder darüber zu reden, dass wir mehr Hauptschüler brauchen, weil das ist genau das, was Sie ja gerade in Ihrem Antrag auch klarstellen oder suggerieren. Und deshalb halten wir Ihre Analyse letztlich für falsch. Es liegt, wie gesagt, nicht daran, dass wir weniger Hauptschüler haben. Ich finde erstmal grundsätzlich ist gar nicht verkehrt, wenn immer mehr Kinder eben nicht den geringsten oder niedrigsten höchsten Schulabschluss haben. Also es ist insgesamt eher positiv zu betrachten. Laut nationalem Bildungsbericht 2024 übrigens ist der mittlere Bildungsabschluss im dualen System mit annähernd der Hälfte das dominierende Schulabschlussniveau.

Zudem lässt sich in bestimmten Handwerksbereichen der Trend auch beobachten, das wurde auch gesagt, dass sich hier immer auch mehr Abiturienten wiederfinden. Aus unserer Sicht könnte das Handwerk auch selbst, zumindest Teile davon, für ein besseres Image sorgen. So ist beispielsweise das Lebensmittelhandwerk für schlechte Ausbildungsbedingungen bekannt. Hier stimmen nun mal dann die jungen Leute eben mit den Füßen ab. Daher fordern wir auch eine umgehende Reform des Berufsbildungsgesetzes, damit die Ausbildungsqualität gesichert und die Rechte von Azubis gestärkt werden. Das wäre ein sinnvoller Beitrag, um Ausbildung auch im Handwerk wieder attraktiver zu machen.

Der Vorsitzende: Friedhelm Boginski für die FDP-Fraktion.

Abg. Friedhelm Boginski (FDP): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Die Antragsteller sind wie immer etwas spät dran. Wer sich mal erinnert, gerade in letzter Zeit war die berufliche Bildung einer der Schwerpunkte, auch hier bei uns im Plenum mit dem Ausschuss. Wir müssen ja feststellen, dass die Bundesregierung bereits im Rahmen ihrer „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ Wert daraufgelegt hat, dass gerade an Gymnasien die berufliche Orientierung in den Mittelpunkt gerückt wird. Wir wissen auch und

das wurde hier schon mehrfach erwähnt, dass gerade der Zentralverband des Deutschen Handwerks, also die Handwerker selbst, eine ganz hervorragende Imagekampagne gestartet haben und dass sie viele Kooperationen mit Grundschulen und Schulen insgesamt eingehen.

Aber auch die Landes- und Kreishandwerkerkammern haben Projekte hierzu schon initiiert. Selbst bei den Arbeitsagenturen, wo wir immer davon ausgehen, dass die nicht ganz so fix manchmal sind, haben wir mittlerweile die ersten Projekte, die mit den Schulen gemeinsam erarbeitet worden sind, um Schülerinnen und Schüler mit Holz oder Metall und mit anderen Rohstoffen bekannt zu machen. Selbst die Bundesländer, wo wir immer wieder mit ein bisschen Sorge hinschauen, inwieweit sie ihren Aufgaben gerecht werden, haben Schule-Betriebskooperationen immer mehr in den Mittelpunkt gerückt und dass wir bei den Lehrerinnen und Lehrern mittlerweile auch ein Umdenken haben, ich glaube, das ist allgemein bekannt. Man merkt, dass schon eine ganze Menge in Deutschland läuft, was die Fokussierung auf die berufliche Bildung betrifft. Ich setze hier noch mal sehr stark auf den Zentralverband des Deutschen Handwerks, auf das Handwerk insgesamt, denn sie müssen auch natürlich an der Modernisierung ihrer Berufsbilder arbeiten, müssen beweisen, dass Handwerk goldenen Boden hat. Das, glaube ich, liegt auch bei denen dann de facto in der Hand und ich glaube, das kann man dem Antragsteller nur noch mal empfehlen, wenn so viele Argumente wie heute hier gekommen sind, dann sollte man sich nicht in die Schmollecke begeben, sondern sollte überlegen, was haben wir denn hier verkehrt gemacht? Auch wir werden diesen Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den soeben diskutierten AfD-Antrag.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11960.



Tagesordnungspunkt 3

Vorlage der Berichterstatter für
Technikfolgenabschätzung

Neue TAB-Projekte 2024/2025

**Empfehlungen der Berichterstattergruppe für
Technikfolgenabschätzung**

Selbstbefassung 20(18)SB-90

Der Vorsitzende: Ich rufe damit zunächst auf den Tagesordnungspunkt 3.
Hierzu noch ein paar Anmerkungen von mir. Es handelt sich hier um das Gesamtpaket aus der Berichterstatterinnen- und Berichterstatter-Runde für Technikfolgenabschätzung, die für uns alle gemeinsam die Aufträge für die TA-Themenvorschläge für 2024 und 2025 ausgewählt haben. Insgesamt wurden 52 Themenvorschläge eingereicht von allen Fraktionen und Gruppen und auch von zahlreichen Ausschüssen. Das waren so viele Untersuchungsaufträge wie nie zuvor. Zwölf Themenvorschläge sind zur Bearbeitung für 2024 und 2025 durch die TAB-Berichterstattenden-Runde ausgewählt worden, davon drei TA-Projekte und neun TA-Kompaktstudien. Ich denke, dass ich im Namen des gesamten Ausschusses spreche, ein ganz besonderes Dankeschön zu richten an Dr. Holger Becker, Lars Rohwer, Laura Kraft, Dr. Stephan Seiter und Dr. Michael Kaufmann für die Berichterstatter-Runde. Die Zeitenwende hat sich auch hinsichtlich der TA-Projekte niedergeschlagen, weil jetzt sicherheits- und verteidigungspolitisch relevante Untersuchungsaufträge besonders gehighlightet wurden. In der letzten Runde waren es vor allem die digitalen und davor die technikpolitischen und damit ist TAB und sind wir als Ausschuss für Technikfolgenabschätzung am Puls der Zeit und der parlamentarischen Schwerpunktdebatten.

**Der Ausschuss beschließt einstimmig die
Annahme der Vorlage der Berichterstatter für
Technikfolgenabschätzung „Neue TAB-Projekte
2024/2025 – Empfehlungen der
Berichterstattergruppe für
Technikfolgenabschätzung“**

Tagesordnungspunkt 4

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2024 und zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes (FAG-Änderungsgesetz 2024)

BT-Drucksache 20/11522

Hierzu wurde verteilt:

20(26)113-2 Gutachtliche Stellungnahme
20(8)6347 Änderungsantrag

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über Struktur und
Höhe des Finanzkraftausgleichs
sowie der Zuweisungen gemäß § 11 des
Finanzausgleichsgesetzes
im Ausgleichsjahr 2023**

BT-Drucksache 20/11590

Der Vorsitzende: Dann kommen wir jetzt direkt zum Tagesordnungspunkt 4, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2024 und zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes Fachänderungsgesetz 2024, Bundestagsdrucksache 20/11522. Bei uns diskutiert, weil es hier auch ums Startchancen-Programm geht, und für eine kurze Einführung erteile ich nun Dr. Jens Brandenburg für das BMBF das Wort.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mit Blick auf die Zeit würde ich mich tatsächlich auf genau diesen hier im Ausschuss relevanten Punkt, das Startchancen-Programm fokussieren. Das ist ein ganz zentrales bildungspolitisches Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, das größte Bund-Länder-Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik mit Veränderungsprozessen im Bildungssystem insgesamt und natürlich auch dem klaren Ziel, den in Deutschland sehr engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg endlich zu entkoppeln. Es ist so, dass inzwischen die Unterzeichnung erfolgt wurde von Bund und Ländern am 4. Juni. Das war ein sehr wichtiger Meilenstein dafür, dass jetzt zum 1. August das Startchancen-Programm für die nächsten zehn Jahre an den Start gehen kann. Und die Länder haben sich sehr deutlich mit großer



Geschwindigkeit auf den Weg gemacht. Nicht wie ursprünglich vereinbart nur mindestens 1.000 Schulen, sondern ganze 2.125 Schulen, also mehr als doppelt so viele wie ursprünglich als Mindestmarke vereinbart, gehen bereits in diesem Jahr an den Start. Und das ist ein großer Beleg nicht nur für das sehr große Interesse der Schulen vor Ort, sondern auch für die positive Dynamik, die das Programm nimmt. Die Vorbereitungen laufen auf allen Ebenen auf Hochtouren.

Ich würde an der Stelle vor allen Dingen noch mal werben um Unterstützung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen. Auch da sind wir natürlich eng im Gespräch. Hier geht es ganz konkret darum. Voraussetzung war die Unterzeichnung letztendlich der Bund-Länder-Vereinbarung. Die liegen vor, sodass wir jetzt im Zuge dieser FAG-Änderung (Finanzausgleichsgesetz) tatsächlich auch sicherstellen können, dass noch vor Beginn des Programmstarts tatsächlich im Bundestag und Bundesrat beschlossen werden kann, wie ursprünglich auch vereinbart, dass die Mittel für die Säulen 2 und 3 von Bundesseite zur Verfügung gestellt werden. Den Ländern, das gibt die nötige Planungssicherheit für den Programmstart und ist sicher auch eine wichtige Signalwirkung für alle, die an diesem Programm in der Fläche arbeiten.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann kommen wir jetzt zur Runde der Berichterstatterinnen und Berichterstatter. Und für die SPD-Fraktion rufe ich auf Martin Rabanus.

Abg. **Martin Rabanus** (SPD): Ja, ganz herzlichen Dank. Ich kann das auch relativ kurz machen. Die Überschrift über den Tagesordnungspunkt heißt eigentlich, die Ampel hält Wort. Wir haben die Vereinbarung getroffen. Das ist nicht so überraschend, aber an der Stelle ist es besonders erfreulich. Deswegen will ich das einfach nochmal so ausprofilieren, dass tatsächlich das, was vereinbart worden ist, jetzt auch gewechselt wird im Wege des Änderungsantrags. Herzlichen Dank auch für die Formulierungshilfe an die Bundesregierung. Wir stellen sicher, dass schon in diesem Jahr 300 Millionen Euro zur Verfügung stehen und in den kommenden Jahren 600 Millionen Euro, so wie es verabredet worden ist. Das ist jetzt erst einmal so festgelegt und kodifiziert, sofern das Parlament dem folgt, wovon

ich ausgehe, bis 2029. Das ist auch richtig so an dieser Stelle, die Fünfjahres-Vorausschau zu beschließen, um dann in die nächste Runde gehen zu können. Das Startchancen-Programm, wie gesagt, das größte Bildungsprogramm, das wir je hatten. 10 Milliarden Euro vom Bund, 10 Milliarden Euro von den Ländern, zehn Jahre Laufzeit. Hervorragend wird es starten mit über 2.000 Schulen, nicht nur in Anführungsstrichen die 1.000, die avisiert waren, sondern die doppelte Anzahl. Hiermit werden wir einen großen Beitrag dazu leisten, gerade für die Kinder, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren sind, bessere Chancen organisieren zu können.

Was ich einigermaßen irritierend finde, ist die Berichterstattung, die aktuell über die Positionierung der CDU zu dem Startchancen-Programm in dem Handelsblatt nachzulesen ist. Da steht geschrieben, dass die CDU-Bundestagsfraktion das Startchancen-Programm streichen will, wenn sie das denn könnte. Ich bin mir nicht so ganz sicher, ob das irgendwelche Ergüsse sind, die der haushaltspolitische Sprecher in eigener Zuständigkeit gemacht hat oder ob das schon Beschlusslage der Union ist. Vielleicht hören wir dazu noch etwas. Ich fände das jedenfalls gut, wenn wir so, wie es in der Vergangenheit war, sehr breit dieses Startchancen-Programm tragen. Wir erinnern uns noch an die Debatten im Plenum. Da war die Kritik der Union, dass es so wenige Schulen seien, die in den Blick genommen werden. Nicht etwa, dass es zu viele wären oder man dieses gesamte Programm in Frage zieht. Ich fände das sehr schön, wenn es eine Klarstellung gäbe, weil auch die unionsgeführten Länder hinter diesem Programm stehen, und es würde für alle Beteiligten, insbesondere für die Kinder, die davon profitieren, sicherlich bedeutend sein, wenn es eine breite Mehrheit auch bekommen würde und damit natürlich auch dieses Finanzausgleichsgesetz, das wir in dieser Woche noch beschließen wollen, damit der Bundesrat das am Freitag noch wechseln kann und wir dann zum 1.8. starten können. Ganz herzlichen Dank.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, um unsere Kritik nochmal zu präzisieren. Es ist so, dass wir sehen, dass 25 Prozent der Kinder in der 4. wie auch in



der 9. Klasse extreme Defizite beim Lesen und Schreiben haben. Dieses Programm adressiert aktuell 5 Prozent der Schulen und im weiteren Ausbau 10 Prozent. Das heißt, wenn ich also 25 Prozent der Kinder mit Förderbedarf habe, werde ich einen Großteil nicht erreichen können mit diesem Programm. Unser Ansatz wäre es jetzt auch nicht gewesen zu sagen, wir gehen jetzt immer auf ganze Schulen, weil ich zielgerichtet an die Kinder ran muss und nicht in einer Schule, wo selten 100 Prozent Kinder mit Förderbedarf sein werden, sondern wahrscheinlich sehr viel weniger. Das ist unsere Kritik mal in der Nusschale an dem Startchancen-Programm. Unsere Länder haben sich sehr dafür stark gemacht, dass man jetzt schon mit 2.000 statt der 1.000 Schulen startet. Wir machen bei dem Programm mit, wir werden dem nicht im Weg stehen, weil, es ist natürlich, alles was hilft ist erstmal gut, aber man muss ehrlicherweise sagen, dass das, worüber wir jetzt hier reden, eine zusätzliche Stelle pro Schule ist plus Sachmittel. Mit einer zusätzlichen Stelle plus Schule plus Sachmittel werde ich das nicht schaffen, wenn ich mal so gucke in die Problembezirke, wo es Schulen gibt mit sehr hohen Migrationsanteilen, mit sehr vielen Kindern mit Förderbedarf, damit es hilft, aber es wird das Problem nicht lösen.

Und das ist auch unsere Sorge im Übrigen, dass jetzt in der Bundesregierung die Mentalität vorhält, wir haben noch das Startchancen-Programm gemacht und das Problem ist gelöst. Das Problem ist aber nicht gelöst und deshalb sagen wir als Union auch im Grundsatzprogramm, wir müssen verbindliche vorschulische Förderung machen, vor allem mit Förderbedarf. Die Probleme im Lesen und Schreiben in der Rechtschreibung entstehen in den ersten sechs Jahren und das adressieren Sie nicht, im Gegenteil, das Sprach-Kita-Programm ist ja sogar noch gekillt worden. So, das sind die Punkte.

Unser Parteitag hat einstimmig beschlossen, dass der DigitalPakt fortgesetzt wird. Der FDP-Parteitag hat meines Wissens eine ziemlich krude Debatte zu dem Thema geführt. Es gibt eine eindeutige Beschlusslinie bei uns und natürlich ist die Linie der Fraktionen, dass wir hier auch mitstimmen werden für das Startchancen-Programm. Ein Kollege hat eine abweichende Meinung und er ist nicht der haushaltspolitische Sprecher. Und die

Haushaltsgruppe sieht das nicht so. Wir haben das auch bei uns in den Gremien besprochen, aber Sie kennen vielleicht auch den Journalisten, der es geschrieben hat, der auch an anderen Stellen schon ziemlich tendenzielle Stücke formuliert hat.

Deshalb ist die Position der CDU/CSU klar, wir werden jetzt hier mitstimmen und wir sind mit einem einstimmigen Parteitagsbeschluss für den DigitalPakt 2 und da lassen wir uns nicht von Journalisten Dinge aufschreiben, die nicht Position unserer Partei sind.

Abg. Laura Kraft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ja, lieber Kollege, da bin ich jetzt froh zu hören, dass die Union bei diesem Programm auch den Mehrwert sieht und dass Sie auch zustimmen werden, weil das, was auch in dem Artikel stand und was die Aussagen auch waren von Ihrem Kollegen, fand ich dann schon erschreckend, weil wir sehen ja, dass wir einen großen Handlungsbedarf in Deutschland haben, was die Bildung angeht. Wir haben nicht umsonst hier schon sämtliche Berichte miteinander debattiert, sei das IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung), seien das Bildungsberichte. Sie kennen das alle und wir haben ja kein Erkenntnisproblem. Wir haben da schon ein Problem, dass wir Dinge umsetzen und deswegen liefern wir jetzt als Regierung und satteln mitunter das größte Bildungsprogramm auf, was es so gegeben hat, Bund und Länder gemeinsam. Das ist nämlich hier auch der Schlüsselweg im Föderalismus, dass wir das gemeinsam machen. Nur so kann es gelingen. 20 Milliarden, das ist eine Hausnummer und wir erreichen 4.000 Schulen. Wir erreichen aber auch Kinder, die die Chancen in ihrem Leben bereit kriegen müssen. Und das Signal muss doch sein, dass wir Kinder, die vor allen Dingen auch in Schulen sind, die in benachteiligten Quartieren sind, die gleichen Chancen bekommen im Leben, also damit dann auch in ihr Berufsleben, in ihr Bildungsleben später, dass die alle Chancen bekommen, die sie brauchen. Das ist derzeit nicht der Fall.

Und es geht auch nicht darum, die berühmten Schultoiletten zu sanieren. Dieses Programm enthält viel mehr. Deswegen hat es auch mehrere Säulen, wo wir über Personalstruktur mit multiprofessionellen Teams schauen, wo wir



ansetzen können. Denn die Probleme sind vielfältiger Natur. Und dann kann ich auch nicht nur mit bestimmten Infrastrukturmaßnahmen an den Schulen helfen, sondern die Kinder werden erreicht, wenn man konzeptionell mehr tun kann. Und da greifen dann verschiedene Aspekte ineinander. Wir haben dieses Chancenbudget, was dann auch noch mal einiges ermöglicht. Und was auch wichtig ist, dass die Schulen da unabhängig sind und genau schauen können, was ist bei ihnen der Bedarf? Wie möchten sie die Gelder an welcher Stelle aus den verschiedenen Säulen einsetzen? Und da fließt einiges zusammen, was letzten Endes immer vorher singulär betrachtet wurde. Aber es braucht ein Gesamtkonzept. Und wenn ich nur ein Kind erreiche, was dadurch einen anderen Bildungsweg vorgezeichnet bekommt, dann hat sich dieses Programm doch schon längst gelohnt. Das sollte doch unser Anspruch sein.

Und wir müssen auch diesen Kindern zeigen aus diesen prekären Strukturen, dass diese Gesellschaft hinter ihnen steht und was für sie tut. Das packen wir jetzt gemeinsam an. Deswegen ist dieses Programm großartig. Und ich bitte Sie einfach zuzustimmen. Es freut mich, dass Sie das jetzt auch noch mal signalisiert haben. Es wird, glaube ich, viel ändern können für viele Kinder. Und damit packen wir auch das Bildungsproblem in unserem Land an.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Ja, vielen Dank. Wir haben jetzt schon viel gehört. Ich möchte mal mit dem grundsätzlichen Missverständnis aufräumen, dass größere Geldsummen automatisch Bildungsgerechtigkeit bedeuten. Und wenn ich eine Schule in Rheinland-Pfalz nehme, in Ludwigshafen, die Grafenau Grundschule, wo im dritten Jahr in Folge viele Kinder sitzen bleiben, weil sie aus nicht muttersprachlichen Kontexten kommen und überhaupt nichts in diesem Unterricht verstehen, erreichen Sie - selbst wenn dies eine Schule werden sollte, eine Leuchtturmschule Ihres Projektes - mit der Zuteilung der Gelder erstmal gar nichts. Ich helfe in Rheinland-Pfalz Familien mit Bedarf an Inklusions- und/oder Integrationshelfern, solche Leute zu finden. Die gibt es fast nicht. Selbst wenn Sie hier immer reden von multiprofessionellen Teams, wo ich auch ein Fan davon bin. Die Leute gibt es einfach nicht. Das heißt, diesen Geldern

können keine Stellen in Realität zugeordnet werden. Das heißt, Sie können sie ausschreiben, aber sie werden niemals besetzt werden können. Das heißt, dieses ganze Programm, Startchancen-Programm, ist wieder ein ideologisches Projekt, wie es doch so schön sein könnte, wenn da die Realität nicht wäre. Und die Realität besagt, wir haben keine Lehrer. An einem Gymnasium, an einem humanistischen in Speyer unterrichten Leute Deutsch in der siebten Klasse, die eine Brauereilehre abgebrochen haben. Oder aus der Klasse meiner großen Tochter unterrichtet eine Mitschülerin, die ist jetzt auch 20 Jahre alt, ohne jegliche Ausbildung in dieser Schule. Und da müssen wir eben mal ganz ehrlich sagen, wir können solche Probleme auflegen. Das ist alles überhaupt gar kein Ding, aber wir werden sie personell nicht unterfüttern können. Und da müssen wir jetzt endlich mal auf dem Boden der Tatsachen ankommen. Wir hatten vorgeschlagen, dass wir andere Schulträger, die sowieso schon Kurse in Sprachbildung anbieten, einbinden in den Spracherwerb. Die Rücksprache mit ehemaligen Kollegen aus der Erwachsenenfortbildung hat ergeben, dass Kapazitäten vorhanden sind, dass Räume vorhanden sind und dass Sprachlehrer vorhanden sind. Und das wäre unserer Meinung nach mal ein realistischer Schritt in Richtung Spracherwerb. Spracherwerb ist der Schlüssel zur Integration. Und der findet mit ihrem gut klingenden Projekt nicht statt. Auch das Gute-Kita-Gesetz hat gut geklungen. Ich habe das damals schon kritisiert. Das ist in der Fläche durchgefallen. Wir haben nicht mehr qualitativ gute Kindergartenplätze, sondern wir haben weniger davon. Mütter, die darauf angewiesen sind, damit sie arbeiten gehen können, können ihre Kinder nicht abgeben. An den Kitas findet kein Sprachunterricht mehr statt. Die Kinder, die aus den Kitas kommen, haben keine Chance, wenn sie Deutsch nicht muttersprachlich sind, an der Schule in Deutschland Fuß zu fassen. Und daran ändert auch Ihr Gesetz gar nichts. Vielen Dank.

Abg. **Ria Schröder** (FDP): Als FDP-Fraktion freuen wir uns sehr, dass das Startchancen-Programm im neuen Schuljahr an den Start geht. Das größte Bildungsprogramm zwischen Bund und Ländern in der Geschichte der Bundesrepublik. Und uns geht es darum, dass wir jedes Talent, egal wo die Eltern herkommen, in welchem Stadtteil man



aufwächst, dass man dort die Talente entfalten kann. Und auch die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung hat das Programm am Wochenende nochmal als Paradigmenwechsel bezeichnet, weil es langfristig angelegt ist, weil die Mittel nicht nach föderalen Mittelpunkten, sondern nach der Not der Länder und Schulen verteilt werden. Das ist ein ganz entscheidender Punkt, den ich auch nochmal Richtung Union adressieren möchte. Es ist nämlich nicht so, dass diese 25 Prozent der Viertklässlerinnen und Viertklässler, die nicht lesen und schreiben können, über alle Klassen verteilt sind. Sonst hätten wir, glaube ich, das Problem nicht. Wenn da 1, 2, 3, 4 Schülerinnen und Schüler in der Klasse sind, die das nicht schaffen, die kann man mit einer Förderung gut erreichen. Aber wir haben die Situation, dass wir Klassen haben, wo 80, 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler diese Probleme haben. Und das sind Schulen, wo sich diese Probleme kumulieren. Das wissen wir aus der Bildungswissenschaft. Und deswegen ist es richtig, dass wir das Startchancen-Programm an den Schulen ansetzen und diese Brennpunktschulen adressieren. Ich will auch noch darauf eingehen, was die AfD gesagt hat. Denn auch in dem Artikel steht - ich empfehle den sehr gerne - und es ist ja auch so, dass die sozioökonomischen Verhältnisse ganz starken Einfluss darauf haben, wie die Bildungschancen sind. Und das vernachlässigen Sie jedes Mal. Und es ist so, dass Kinder mit Einwanderungsgeschichte ein Drittel häufiger in sozioökonomisch schwachen Verhältnissen leben. Und diese Kombination aus verschiedenen Nachteilsfaktoren führt dazu, dass die Talente der einzelnen Kinder nicht gefördert werden können. Und das bekämpfen wir mit dem Startchancen-Programm. Ich finde, das ist höchste Zeit. Und ich freue mich sehr, dass es immer mehr Form annimmt. Heute - habe ich eben gelesen - ist festgestellt oder erklärt worden, wie die wissenschaftliche Begleitung aussehen wird. Das ist, glaube ich, auch ein ganz großer Erfolg, dass wir von Anfang an eine Evaluation haben, von der die Schulen sofort profitieren. Die können ihre Maßnahmen sofort anpassen. Und auch das Bildungssystem insgesamt kann profitieren von den Erkenntnissen durch die wissenschaftliche Begleitung. Wir legen heute auch noch mal die gesetzlichen Grundlagen mit dem FAG-

Änderungsgesetz für die entsprechende Finanzierung des Bundes auch gemeinsam mit den Ländern. Und ich will ganz kurz aber nochmal darauf eingehen, weil das Thema hier angesprochen worden ist. Die Leute da draußen, die verstehen es nicht, wenn wir sagen, das ist hier Bund- und das ist Ländersache. Ich finde es richtig, dass wir gemeinsam dieses Problem angehen. Und es ist nicht das erste Mal, dass aus der Union solche Töne kommen. Friedrich Merz hat es auch schon mal in einer Regierungserklärung gesagt, jetzt kommt Herr Mittelberg, der nicht irgendein Parlamentarier ist, sondern der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, der für den Haushalt zuständig ist. Ich nehme das schon sehr ernst. Und ich bin froh, dass es hier offenbar einen Dissens gibt innerhalb der Unionsfraktionen und dass Sie hier als Fachpolitiker das Programm unterstützen. Aber ich würde Sie doch darum bitten, dass Sie diese Position vielleicht nochmal gemeinsam in Klausur gehen und sich überlegen, wie Sie auch in Zukunft mit dem Thema umgehen wollen. Denn ich glaube, das wird auch für die Zukunft des Startchancen-Programms ganz entscheidend sein, was ja gerade langfristig angelegt ist.

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW): Die über Jahre gewachsenen Probleme im deutschen Bildungssystem sind enorm. Wir erleben hier, und es wurde schon angesprochen, einen riesigen Lehrermangel, marode Schulgebäude, überfüllte Klassen, Unterrichtsausfälle, die nicht aufgeholt werden können und Kinder, die nach der Grundschulzeit eben nicht richtig lesen und schreiben können und so weiter und so fort. Eine Million pro Jahr vom Bund plus Kofinanzierung durch die Länder sind nicht ausreichend mit Blick auf die Größe der enormen Herausforderungen. Das Startchancen-Programm erreicht letztlich nur rund 10 Prozent aller Schülerinnen und Schüler, dabei sind aber mehr als 20 Prozent der Schüler arm oder eben armutsgefährdet. Das Grundproblem des Lehrermangels wird durch das Startchancen-Programm auch nicht behoben. Hinzu kommt die Frage, wie unbürokratisch die Mittel des Bundes von den Ländern abgerufen werden können. Bereits beim DigitalPakt beklagten Kommunen zu hohe Hürden, um eben an diese Gelder zu kommen. Deshalb, anstatt immer wieder über Hilfskonstrukte und zeitlich begrenzte Projekte zu



fördern, sollte man endlich das Kooperationsverbot in der Bildung vollständig abschaffen und dauerhaft Direktschulbildung mitfinanzieren. Wir müssen endlich weg vom reinen Reparaturbetrieb und hin zur Ausfinanzierung von Bildung. Danke sehr.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Gesetzentwurf auf der Bundestagsdrucksache 20/11522. Federführung hat der Haushaltsausschuss.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und den Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Zustimmung des Antrages auf Drucksache 20(18)251

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung zum Gesetzentwurf in der gerade so geänderten Fassung auf der Bundestagsdrucksache 20/11522.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, bei Enthaltung von den Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Annahme des Gesetzentwurfes in geänderter Fassung auf Drucksache 20/11522

4b Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Drucksache 20/11590 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes

BT-Drucksache 20/11561

Hierzu wurde verteilt:

<u>20(14)206.1neu</u>	Änderungsantrag
<u>20(26)121-4</u>	Gutachtliche Stellungnahme

Der Vorsitzende: Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 5: Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes. Neben mir hat der Parlamentarische Staatssekretär Mario Brandenburg Platz genommen. Mit Blick auf die Uhr und die Tatsache, dass um 13 Uhr der Kanzler in der Regierungsbefragung befragt wird, wäre es großartig, wenn die Kolleginnen und

Kollegen prüfen, ob sie auch mit zwei Minuten auskommen. Ich werde jetzt nicht so strikt sein, aber dass wir trotzdem genug Zeit haben, um ins Plenum zu wechseln. Ich bitte jetzt um eine kurze Einführung des Parlamentarischen Staatssekretärs zum Medizinforschungsgesetz, wo der Ausschuss für Gesundheit federführend ist. Bitte, Mario.

PStS Mario Brandenburg (BMBF): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. In gebotener Kürze, das Medizinforschungsgesetz ist ein Teil der Pharmastrategie und verfolgt das Ziel, wieder mehr klinische Studien in Deutschland zuzulassen. Das umfasst das Maßnahmenpaket, die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, Rahmenbedingungen generell für die medizinische Forschung vor Ort zu stärken, um Zugang zu neuen Therapien zu erleichtern. Ein paar Maßnahmen, ganz schnittartig Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Es ist eine bessere Verzahnung der verschiedenen Behörden. Es wird eine Bundesethikkommission für spezialisierte Fälle eingerichtet und man versucht, über Standardvertragsklauseln durchaus den Prozess zu standardisieren, um Synergien zu nutzen und die Durchlaufzeiten zu verschnellern. Das soll es für die Einleitung an der Stelle auch gewesen sein.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ruppert Stüwe für die SPD-Fraktion.

Abg. Ruppert Stüwe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Heute ist ein guter Tag. Erst Internationalisierungsstrategie, dann Startchancen-Programm abgesichert finanziell und jetzt noch Medizinforschungsgesetz. Ich glaube, das ist etwas, wo man wirklich sagen kann, dass die Bundesregierung und die Koalition da die Bedingungen für medizinische Forschung deutlich verbessert hat, indem wir geguckt haben, wo sind die Hürden, die dazu führen, dass die Prüfung von Studien besonders lange dauert. Ich will vielleicht auf zwei, drei Sachen eingehen, die mir aus Forschungssicht noch mal relevant sind. Wir haben gesagt, dass wir auch durch die Änderungsanträge sogenannte Investigator Initiated Trials – also das, was im außeruniversitären Bereich, aber abseits von konventioneller Forschung angeschoben wird – noch mal stärker in dieses Gesetz reinnehmen und dass wir das mit den Ethikkommissionen noch mal ändern. Da ist gestreamlined worden und da



ist mir besonders wichtig, dass wir noch mal eine extra Ethikkommission für Kinder- und Jugendmedizin einrichten, wo besonders ethische Maßstäbe noch mal selten berücksichtigt werden sollen. Das ist mir wichtig. Ich finde es spannend, dass wir tatsächlich beim Thema Standardvertragsklauseln eine Ermächtigung reingegeben haben. Das ist ja so, dass auch aus der Wirtschaft das Anliegen an uns herangetragen worden ist, für möglichst einheitliche Rahmenbedingungen zu sorgen. Es ist nicht so häufig, dass Wirtschaft uns sagt, reguliert was für uns, macht da Vorschläge, wie wir das machen können und macht die Abstimmungsprozesse effizienter. Das zeigt für mich auch, dass es durchaus Bedarf gibt an einer großen Regulierung in dem Bereich.

Als letzten Punkt will ich ansprechen: Wir haben auch gesagt, es gibt eine Möglichkeit, Preisbildung vertraulich zu halten. Da finde ich es besonders gut, dass wir das daran knüpfen, dass auch Forschung der betroffenen Unternehmen hier in Deutschland sein muss. Insofern finde ich, hat das Parlament einen guten Gesetzentwurf auch noch besser gemacht an entscheidenden Stellen.

Abg. Stephan Albani (CDU/CSU): Ja, herzlichen Dank. Als jemand, der sein halbes Leben in der medizinischen Forschung verbracht hat, kann ich mich der Euphorie für die Tatsache, dass wir ein Medizinforschungsgesetz brauchen, vollumfänglich anstellen. Allerdings, was wir hier vorliegen haben, erfüllt meine Wünsche nur sehr bedingt. Der Hintergrund ist relativ einfach formuliert, weil das BMG die ganze Thematik von der Versorgung über die Versorgungsforschung zur Forschung betrachtet. Wäre es mir lieber gewesen, hätte es BMBF in den Fokus genommen, weil, es schaut von Forschung über Versorgungsforschung zur Versorgung. Und hier wäre dann die Forschung im Vordergrund gewesen in einer ganz anderen Form.

So, jetzt komme ich mal zu den einzelnen konkreten Punkten aufgrund der Kürze der Zeit. Ja, Standardvertragsklauseln sind eine super Sache. Ich habe selbst mal den großen Vorteil gehabt, innerhalb von einem halben Jahr mit sechs Firmen über drei Kontinente einen Vertrag auszuhandeln. Das hat insgesamt 14.000 Euro gekostet und mich die Hälfte meiner Haare. Wenn man das verändert durch

Standardvertragsklauseln, wäre das fantastisch. Aber sie müssen dann auch rechtlich verbindlich sein. Und das ist halt hier nicht der Fall. Und insofern ist es wieder letzten Endes eine lose Blattsammlung, die am Ende helfen könnte, wenn man sie denn nutzen würde, was aber man nicht tun wird, weil man natürlich die rechtliche Verbindlichkeit durch eine entsprechende Rahmenbedingung nicht hat. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Den N-Ethikkommissionen - ich will gar nicht sagen, wie hoch die Zahl ist - jetzt die N-plus-einte oder die N-plus-zweite hinzuzufügen, ist ein System dann sinnvoll, wenn man das Gesamtsystem neu sortiert und auch letzten Endes da eine Form von Hierarchie reinbringt, dass die eine verbindlich über die andere etwas urteilen kann und nicht letzten Endes hier auch Widersprüche vorhanden sein können, die letzten Endes zu Handlungsunfähigkeit führen. Zweiter Punkt.

Dritter Punkt. Strahlenschutzrechtliche Genehmigungen wären besser, wenn man an dieser Stelle sie tauglicher macht. Das heißt, hier hatten wir vor einigen Jahren schon die Situation, dass nach Vorliegen aller Unterlagen innerhalb von sechs Wochen die Genehmigung vom Bundesamt für Strahlenschutz vorliegen muss. Dieses weiter zu verbessern und zu entbürokratisieren wäre sinnvoll, weil dies immer ein Teil der Genehmigung der Testverfahren ist, die mittlerweile mehr nach Spanien abwandern, als uns ehrlicherweise lieb sein kann. Wir waren mal Spaltenreiter in Deutschland, was die Verfahren anbelangt. Verfahren, ebenfalls bei den Datenschutzthemen: Hier einen europäischen Standard zu ermöglichen, wäre eine elementare Voraussetzung, weil gerade bei den seltenen Erkrankungen werden wir nicht in Deutschland die ausreichenden Kohorten haben. Wir werden sie in ganz Europa brauchen. Also das wäre ein Punkt, der dringend hinein muss. Jetzt ist die Zeit leider vorbei. Ich könnte noch mehr hinzufügen. Aber Leute, da muss noch mehr rein.

Der **Vorsitzende**: Ich hatte übrigens auch den Appell genannt, vielleicht bei zwei Minuten zu landen und nicht noch deutlich zu überziehen. Wäre schön, wenn sich die anderen Kolleginnen und Kollegen daran halten. Und jetzt hat ausschließlich Laura Kraft das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.



Abg. Laura Kraft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich werde nicht mehr als diese zwei Minuten benötigen. Es ist vieles Gutes schon gesagt und ausgeführt worden. Der Staatssekretär hat es gemacht, mein Kollege hat es gemacht. Wir haben schon einiges auf den Weg gebracht in der Sammlung, sodass wir Zugang zu Daten in der Wissenschaft auch deutlich erleichtern können. Wir haben auch das Digitalgesetz und das GDNG (Gesundheitsdatennutzungsgesetz) auf den Weg gebracht und jetzt ist dieses Medizin-Forschungsgesetz ein weiteres Element, um zu vereinfachen, zu beschleunigen, zu entbürokratisieren. Die Genehmigungsverfahren und die ganzen Prozesse wurden schon angesprochen. Die klinischen Prüfungen und die Zulassungsverfahren für die Arzneimittel und die Medizinproduktion. Uns geht es natürlich auch darum, dass hohe Standards aufrechterhalten werden und dass wir aber auch weiterhin hier den Forschungsstandort in Deutschland stärken. Denn wir wollen eben nicht, dass der ganze Bereich abwandert oder es da Probleme gibt, sondern wir wollen das Ganze im Gegenteil stärken. Und da ist das Medizinforschungsgesetz ein ganz wichtiger Schritt dazu. Wir haben dazu auch von vielen Akteuren positive Rückmeldungen bekommen. Ich glaube, das ist auch der richtige Schritt. Der reiht sich ein in eine Reihe anderer Gesetzgebungen, die wirklich versuchen, in dem Bereich zu entlasten und auch mehr Dynamik reinzubringen und auch bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Und das ist auch eine notwendige Konsequenz. Hier müssen wir weitermachen und ich freue mich, dass dieses Gesetz jetzt beschlossen werden kann.

Abg. Dr. Götz Frömming (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich glaube, um Spenden, was die nächsten Parteitage anbetrifft, müssen sich die Ampelkoalitionen keine Sorgen machen. Die werden sprudeln, denn dieses Gesetz, was hier vorliegt, hat eine gewisse Einseitigkeit in Richtung Pharma industrie. Wir haben überhaupt nichts dagegen, dass man sich trifft. Der Kollege der Linken hat angesprochen, dass Herr Lauterbach und andere Vertreter der Bundesregierung bis zu siebenmal sich mit einem einzigen Pharmakonzern getroffen haben. Das ist in Ordnung. Man muss miteinander reden, man muss auch auf die Interessen der Pharma industrie hören. Wir haben selbst hier schon

Gesetzentwürfe eingebracht zur steuerlichen Forschungsförderung, um den deutschen Standort für die Pharma industrie attraktiv zu halten. Aber man muss auch die anderen Akteure hören. Und wenn ich mir dann durchlese, was hier zur 112. Sitzung im Gesundheitsausschuss vorgelegt worden ist, insgesamt 30 schriftliche Stellungnahmen und da war der Eindruck überhaupt nicht so, wie Sie das eben, Frau Kollegin von den Grünen, gesagt haben, dass das überwiegende Zustimmung gab. Sondern es gab überwiegend Kritik, und zwar von wesentlichen Playern und vor allen Dingen von denen, die die Patienten vertreten. Zum Beispiel vermutet die AOK - oder was heißt vermutet, geht davon aus - dass sich die Kosten um 3,3 Milliarden Euro erhöhen werden. Es wird massiv kritisiert, Ihr Vorhaben zur Geheimhaltung und auch durch die Änderung, die jetzt hier reingekommen ist, wird die ja nur befristet bis 2028 und dann noch ergänzt durch einen Strafrabatt. Also hier wird noch ein zusätzlicher bürokratischer Moloch hinzugefügt und der Kollege Albani hat ja schon gesagt, mit der Bundeskommission, die jetzt noch obendrauf gesetzt wird. Also da weiß ich auch nicht, wie das zu weniger Bürokratie führen kann. Es gibt Kompetenz bereits in den Ethikkommissionen in den Ländern. Hier soll jetzt noch eine neue aufgebaut werden. Auch das ist von vielen, vielen kritisiert worden.

Trotz der Änderungen, die hier jetzt noch auf den letzten Metern hineingebastelt wurden, sehen wir das weiterhin kritisch und was ein erster Blick jetzt heute in die Presselage zeigt, sind wesentliche Player hier nach wie vor auch skeptisch. Sie haben auch noch ein Omnibus hier gesetzt, hier hineingebastelt, was zu höheren Dokumentationspflichten im Krankenhausbereich führen wird. Das ist auch etwas, was man auf die Schnelle jetzt noch mal gar nicht so sich angucken konnte. Aber auch hier haben die Ärzte schon gesagt, sie fürchten mehr Bürokratie und nicht weniger, wie das eben hier behauptet worden ist.

Abg. Maximilian Funke-Kaiser (FDP): Ganz herzlichen Dank. Ich glaube, die Woche ist eine sehr gute Woche für den Forschungsstandort Deutschland, denn nach dem Gesetz, was wir Ende letzten Jahres beschlossen haben, nämlich das Gesundheitsdatennutzungsgesetz, kommt jetzt das nächste Gesetz, nämlich das



Medizinforschungsgesetz, was aufbaut auf der Pharma-Strategie. Denn wir mussten in den letzten Jahren feststellen, dass der Standort für Forschung und Entwicklung in Deutschland leider Attraktivität verloren hat. Und das ist nicht nur ein Problem für den Forschungsstandort, sondern das ist am Ende auch ein Wirtschafts-/Standortfaktor. Und besonders auch an mich sind viele Unternehmen in den letzten Jahren zugekommen und haben gesagt, eines der weltweiten Fragen, auch im internationalen Kontext global agierender Unternehmen, ist die Frage Access to Data in Germany, wo auch Standortentscheidungen getroffen werden. Und die Regierung hat jetzt die Gesetze so beschlossen, ich werde jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen, aber wesentliche Änderungen in die Wege geleitet, dass eben diese Investitionsentscheidungen pro Deutschland getroffen werden. Und wir sehen auch schon die ersten Auswüchse davon. In Rheinland-Pfalz werden milliardenschwere Investitionen getätigt. In vielen anderen Bereichen folgt das auch noch. Und von daher bin ich sehr, sehr froh, dass wir hier auch mit dem Medizinforschungsgesetz den nächsten Schritt gehen können.

Abg. Dr. Petra Sitte (Die Linke): Bezuglich der Themen, die diesen Ausschuss berühren, hat Herr Albani die wesentlichen Kritiken schon gesagt. Denen schließe ich mich an. Daher konzentriere ich mich dann nochmal auf die Frage der Vertraulichkeit der Erstattungspreise. Das halte ich für eine mittlere Katastrophe. Das Problem bei der ganzen Geschichte ist, dass es am Ende die Beitragszahler tragen werden. Und was mich auch fassungslos macht, ist, dass Herr Lauterbach in diesem Punkt quasi umgekippt ist, denn er hat vor Jahren noch die gegenteilige Position vertreten. Der Bundeskanzler Olaf Scholz war persönlich beim Spatenstich, hat mit dem CEO von Lilly gesprochen. Und er hat unter anderem gesagt, was immer wir als Bund tun können, um den Pharma-Standort Deutschland noch weiter zu stärken, das werden wir tun. Ich erinnere mich an unser Telefonat, lieber David Ricks, und daran, wie viele Gespräche Sie auch mit dem Wirtschafts- und dem Gesundheitsminister und mit der Wissenschaftsministerin geführt haben, um Weichen für diese Investitionen zu stellen. Mich würde interessieren, und daher richte ich meine Frage an Herrn Brandenburg, mit welcher

Zielstellung wurden die eigentlich im Ministerium geführt? Welchen Inhaltes waren sie? Und was hat man zukünftig vom BMBF bezüglich der Umsetzung dieses Gesetzes zu erwarten?

Abg. Ali Al-Dailami (BSW): Vielen Dank. Ich kann mich erinnern, als ich Anfang der 90er Jahre nach Deutschland kam, war es noch so, dass Deutschland den Ruf hatte, die Apotheke der Welt zu sein. Und das war einfach so. Forschung wurde in Deutschland gemacht, Medikamente wurden in Deutschland hergestellt und beste Qualität in alle Welt exportiert. Irgendwann hat man sich entschieden, der Markt soll es regeln, ähnlich wie später bei der Solarbranche, mit all den fatalen Folgen. Dort, wo der Markt es regeln soll, geht es hauptsächlich um Profit. Dementsprechend 80 Prozent aller Wirkstoffe stammen mittlerweile aus Indien und China, mit fatalen Folgen, wie zum Beispiel verunreinigte Medikamente, Medikamentenmangel bei den Apotheken. 500 Präparate sind derzeit nicht verfügbar, darunter HIV- und Krebspräparate. All das ist höchst problematisch. Und noch problematischer ist, dass man damit jetzt eigentlich den Weg weiter gehen möchte, den man vorher schon gegangen ist und der eben zu diesem Szenario und dieser Katastrophe geführt hat. Und wie einige schon erwähnt haben, diese Geheimverhandlungen, die da stattfinden sollen oder dass Krankenkassen im Geheimen mit den Pharmafirmen verhandeln wollen, mit der Aussage, das soll angeblich die Preise niedrig halten, wo im Übrigen eine große Mehrheit des Gesundheitsausschusses dem widersprochen hat, aber auch die Expertinnen und Experten und die Krankenkassen. Danke sehr.

Der Vorsitzende: Und ich erteile jetzt für die Beantwortung der Frage das Wort an den Parlamentarischen Staatssekretär Mario Brandenburg.

PStS Mario Brandenburg (BMBF): Vielen Dank. Mit welchem Ziel wurden diese Gespräche geführt? Natürlich zum einen mit der Stärkung des Pharmastandortes im Allgemeinen. Und deswegen ist auch die Ansiedlung von Lilly, aber auch anderen natürlich ein gutes Zeichen, sichert unsere Verbindung, sichert unsere Versorgung. Und deswegen ist es glaube ich auch nicht mehr als richtig und korrekt, dass sich unsere Bundesminister und -ministerinnen und meine Ministerin eben dafür einsetzt, so starke Player,



auch Forschungs-Player hier an den Standort zu holen. In welchem Umfang beziehungsweise Inhalt der Gespräche, das kann ich nicht beantworten, weil das eben die Gespräche nicht mit mir waren. Also insofern war ich da nicht in der Telefonleitung. Das wäre eine Mutmaßung. Und zu der Frage der Umsetzung. Wir sind mit dem BMG dauerhaft im Kontakt, also beispielsweise bei der Ausgestaltung Standardvertragsklauseln und Anwendungen. Ein anderes Beispiel wäre bei der Besetzung der Ethikkommission. Also das sind verschiedene Punkte, wie wir dann bei der Umsetzung immer gemeinsam mit dem BMG vorangehen. Das sind jetzt mal zwei Beispiele.

Der Vorsitzende: Okay, dann kommen wir nun zur Abstimmung und ich lasse zunächst abstimmen über die Änderungsanträge 0 bis 25 auf der Ausschussdrucksache 20(18)252. Änderungsanträge der regierungstragenden Fraktionen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP bei Enthaltung der Fraktionen der AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion CDU/CSU und der Gruppe BSW die Annahme des Änderungsantrages der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf Ausschussdrucksache 20(18)252

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD, der Gruppen Die Linke und BSW die Annahme des Gesetzentwurfes in geänderter Fassung auf Drucksache 20/11561

Tagesordnungspunkt 6

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Landwirtschaft tatsächlich entlasten – Versprechen der Bundesregierung umgehend umsetzen

BT-Drucksache 20/11951

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke bei Enthaltung der Fraktion der AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11951

Tagesordnungspunkt 7

Antrag der Abgeordneten Stefan Keuter, Joachim Wundrak, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine vollumfängliche deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert

BT-Drucksache 20/11625

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11625.

Tagesordnungspunkt 8

Antrag der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Jochen Haug, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Einsetzung einer Enquete-Kommission "Kulturelle Differenzen als mögliche Ursache von Integrationsproblemen bei Zuwanderern in Deutschland"

BT-Drucksache 20/11957

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.



Schluss der Sitzung: 12:46Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender

Verweis auf das Anlagenkonvolut